

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Siller, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5246. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkönditz. Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Gauvertreterkonferenz. Rundschau. Soziale Monatsschau. Die Zollpolitik, der Hansabund und die Arbeiterklasse, I. Solidaritätsgefühl und Gewerkschaft. — **Allgemeines:** Glossen zur Bewegung, II. Abfinden der Invaliden und Witwen. Fort mit der Lehrlingszüchtere! Ortsberichte: Forbach, Kattowitz. — **Die photomech. Fächer:** Ein neues Illustrationsverfahren. Aus den Sektionen: Leipzig. — **Photogr. Mitarbeiter:** Auch Kollegen! — **Die Tapetenbranche:** Die Verhältnisse in unserem Beruf. Aus den Sektionen: Leipzig. — **Feuilleton:** Hell Senefelder! Nordland. Vom Bächtisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Gesperrt:

Altwasser. Aschaffenburg. Barmen. Berlin. Bielefeld. Braunschweig. Bremen. Breslau. Cassel. Chemnitz. Crefeld. Crimmitschau. Döbeln. Dresden. Düren. Düsseldorf. Frankfurt a. M. Freiburg i. Schl. Fürth. Gera. Halberstadt. Halle a. S. Hamburg. Hannover. Heilbronn. Hofgöhlenu. Höxter. Kempten Rhl. Kiel. Kirchhain N. L. Lahr i. B. Leipzig. Lindenruh bei Glogau. Lübeck. Magdeburg. Mainz. Mannheim. Mügeln bei Dresden. Nerchau. Niedersiedlitz. Nürnberg. Offenbach a. M. Rheydt. Saalfeld. Schlettau. Schwabach. Stettin. Stuttgart. Würzburg. Wurzen. Zeitz.
Bei jedem Stellungswechsel, auch am Ort, muß unbedingt vor Annahme des Engagements Auskunft eingeholt werden!

Brüssel. In der Firma A. Strümpfer, Formstecher, kam es zum Streik. Zuzug von Formstechern ist streng fernzuhalten.

Achtung, Formstecher!

In Nr. 46 der »Graph. Presse« sucht die Firma Oebr. Pelzing in Hohenlimburg durch ein Inserat Stecher. Da bei dieser Firma die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht als geregelt gelten, weil sie die getroffenen Vereinbarungen nicht anerkannt hat, ist die Firma von uns als gesperrt zu betrachten und wir erwarten daher, daß kein Kollege dort in Stellung tritt. Die Arbeitszeit beträgt dort noch 10 Stunden täglich und die Lohnverhältnisse gehören ebenfalls noch zu den schlechtesten. Wir ersuchen die Kollegen, die Stellung wechseln wollen, sich nur an den Arbeitsnachweis zu wenden, da nur durch diesen an jene Firmen Stecher vermittelt werden, die die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt haben.

Ferner machen wir bekannt, daß in Hildesheim jetzt die Verhältnisse als geregelt gelten, da die Firmen ihr Uebereinkommen, Leute aus einer anderen Werkstatt am Ort nicht mehr einzustellen, aufgehoben haben.
Die Zentral-Kommission.
I. A.: C. Schubart.

Gauvertreterkonferenz.

In einer Reihe von Orten, die von der gegenwärtigen Bewegung erfaßt wurden, hat sich das Hilfspersonal mit den Streikenden oder Ausgesperrten Gehilfen solidarisch erklärt, und zwar in den meisten Fällen ganz impulsiv in der Erkenntnis, daß es nicht angängig sei, Streikarbeit zu leisten oder mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten und dadurch die Erfolgsaussichten der kämpfenden Gehilfenschaft zum Vorteil für das Unternehmertum zu beeinträchtigen. In mehreren Fällen haben die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen nach ihrem der Solidarität

entsprungenen Vorgehen ihrerseits den von ihrer Arbeitseinstellung betroffenen Unternehmern Forderungen eingereicht, die sich im wesentlichen an die Gehilfenforderungen anlehnen.

Obwohl die Ortsverwaltungen des Hilfsarbeiterverbandes und unserer Organisation in vielen Beziehungen eine gegenseitige Verständigung über das Vorgehen und über die weiteren Maßnahmen während des Kampfes anstrebten, ging doch der Aktion beider Arbeitergruppen die systematische Einheitlichkeit ab. Das führte naturgemäß zu Mißständen, die sich, wenn man ihre Ursachen nicht beseitigte, eher oder später zum Schaden beider Teile bemerkbar machen mußten.

Aus diesen Gründen sahen sich die Hauptvorstände beider Organisationen zur Einberufung einer kombinierten Gauvertreterkonferenz veranlaßt, die am 29. Oktober im Berliner Gewerkschaftshaus unter Leitung von Vertretern der Generalkommission stattfand. Da in manchen Fällen auch die Verbände der Buchdrucker und besonders der Buchbinder durch die Bewegung in Mitleidenschaft gezogen worden sind, nahmen an dieser Konferenz auch Vertreter der Hauptvorstände dieser beiden Verbände teil. Die Hauptvorstände des Hilfsarbeiterverbandes und unserer Organisation waren auf der kombinierten Gauvertreterkonferenz vollzählig vertreten; ferner waren Vertreter der beiden Verbandsausschüsse und der Redaktionen der Verbandsorgane anwesend.

Die Konferenz nahm einen anregenden Verlauf. Aus den Situationsberichten ging hervor, daß die Lage für die kämpfende Arbeiterschaft überaus günstig ist. Der Schutzverband hatte mit seinen Bemühungen, die Reihen der organisierten Gehilfenschaft zu zersplittern, nur in ganz vereinzelt Fällen Erfolg, und auch in bezug auf die Werbung von Streikbrechern blieben die Ergebnisse weit hinter der aufgewendeten Mühe und den Kosten zurück. Die geringe Zahl derer, die sich vom Schutzverband zum Verrat an ihren kämpfenden Kollegen pressen oder kaufen ließen, wird vielfach wieder aufgewogen durch die zahlreichen Beiträge Unorganisierter zum Verband, die sich mit den streikenden oder ausgesperrten Gehilfen gegen den Schutzverband solidarisch erklärten.

Die im vordersten Treffen kämpfende Gehilfenschaft steht also einig und geschlossen zusammen in dem unerschütterlichen Willen, den Kampf mit aller Energie und zäher Ausdauer bis zu einem vollen Erfolge der Arbeiterschaft des Gewerbes durchzukämpfen. Von der Streikleitung erwartet sie zähes Festhalten an den Forderungen, die ihrer festen Ueberzeugung nach durchaus berechtigt und mit einigem guten Willen der Unternehmer auch durchführbar sind. Und dieser Standpunkt wird von dem am Kampfe beteiligten Hilfspersonal durchaus geteilt und unterstützt.

In Anbetracht dieser Sachlage und der Tatsache, daß den Kämpfenden Geldmittel zur Genüge zur Verfügung stehen, um auch einem Kampfe von längerer Dauer gewachsen zu sein,

beschloß die kombinierte Gauvertreterkonferenz, an den gestellten Forderungen festzuhalten. Um in allen Fällen, wo die Gehilfenschaft und das Hilfspersonal von der Bewegung erfaßt wurden, für die Folge vollste Einheitlichkeit und Geschlossenheit in der gemeinsamen Aktion herbeizuführen, wurden Maßnahmen für die engste Fühlungnahme der Vorstände beider Organisationen während der Bewegung beschlossen. Letztere soll in allen für beide Verbände in Frage kommenden Orten mit allem Nachdruck einheitlich durchgeführt werden bis zu einem guten, erfolgreichen Ende.

Die Beschlüßfassung über die Maßnahmen der Gehilfenschaft oder des Hilfspersonals unterliegt aber wie bisher den Zentralen des Verbandes der Lithographen und Steindrucker für die Gehilfen und des Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiterverbandes für die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen. Ohne ausdrückliche Zustimmung der Zentralen dürfen weder von der einen noch von der anderen Arbeitergruppe neue Schritte unternommen werden. Besonders darf das Hilfspersonal durch unsere Kollegen auch in Zukunft unter keinen Umständen zur Arbeitsniederlegung veranlaßt werden, wenn der Vorstand des Hilfsarbeiterverbandes nicht ausdrücklich seine Zustimmung gegeben hat. Ueber alle derartigen weiteren Schritte erfolgt zwischen den beiden Zentralen vorherige Verständigung.

Indem wir unsere Kollegen von diesem Ergebnis der kombinierten Gauvertreterkonferenz unterrichten, sprechen wir die Erwartung aus, das letztere dazu beigetragen haben wird, die Position der kämpfenden Arbeiterschaft zu stärken und zu festigen. Wenn alle Beteiligten wie bisher treu und fest zusammenstehen und straffe Disziplin üben, dann muß der Erfolg dieses Ringens um die dringend notwendige Aufbesserung der Lage der Arbeiterschaft des Lithographie- und Steindruckgewerbes auf unserer Seite sein!

Rundschau.

In einer Schadenersatzklage, die die graphische Kunstanstalt Dr. Trenkler & Co. in Leipzig-Söbteritz gegen 29 Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen anhängig gemacht hatte, fällt kürzlich das Leipziger Gewerbegericht einen beachtenswerten Entscheid. Das organisierte Hilfspersonal legte in der genannten Firma wegen Nichteinhaltung des Tarifs die Arbeit nieder. Die Firma machte nun gegen sie die Bestimmung des § 10 ihrer Arbeitsordnung geltend, die besagt, daß das Wegbleiben von der Arbeit oder das Verlassen der Arbeit als Vertragsbruch zu gelten hat, wofür eine Konventionalstrafe in der Höhe eines Wochenlohnes stipuliert ist. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß den Arbeitern und den Arbeiterinnen die Löhne nach ihrem Weggange noch ausbezahlt worden sind. Die Firma vertrat den Standpunkt, daß sie ihre Schadenersatzansprüche gegen die Beklagten trotzdem geltend machen könne. Die Beklagten beantragten die Abweisung der Schadenersatzklage und das Gewerbegericht gab diesem Antrage statt. Das Gericht führte begründend aus, daß die Ansprüche der Firma dadurch hinfällig geworden sind, daß sie die Löhne nach der Niederlegung der Arbeit zur Auszahlung gebracht hat. Die Schadenersatzansprüche konnten sich nur gegen den rückständigen Wochenlohn richten, nur an diesen Lohn konnte sich die

Firma halten; da aber kein rückständiger Lohn mehr da ist, so mußte die Firma mit ihren Schadenersatzklagen abgewiesen werden. Sie hatte also das Nachsehen von Rechts wegen!

Streikende, nützet die Zeit! Dieser Mahnruf des Kollegen R. S. B. in Nr. 44 der »Gr. Pr.« hat bereits nicht nur bei den Streikenden, sondern auch bei den Ausgesperrten Anklang gefunden. So wird uns aus Saalfeld berichtet, daß dort für die Ausgesperrten wöchentlich ein Vortrag veranstaltet wird, der stets außerordentlich gut besucht ist. Die Aussperrungswütigen Unternehmer sind also auch in dieser Beziehung wieder ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Die Lohnerhöhungsforderungen sind berechtigt! Das Lehren augenfällig die Ergebnisse der statistischen Erhebungen, die von dem bekannten Wirtschaftsstatistiker Richard Calwer als »Monatliche Übersichten über Lebensmittelpreise« seit Januar d. J. regelmäßig veröffentlicht werden. Diese Übersichten beruhen auf den meist amtlichen Notierungen der Lebensmittelpreise in annähernd 200 deutschen Städten, nach denen die Reichsdurchschnitte der Preise für je ein Kilogramm Rind-, Kalb-, Schweine- und Hammelfleisch, Schweinefleisch und -schmalz, Reis, Speisebohnen, Erbsen, Linsen, Weizen- und Roggenmehl, Brot, Kartoffeln, Eibutter, Backpflaumen, Würfelzucker, Kaffee und für einen Liter Milch berechnet werden. Der Gesamtpreis für je ein Kilogramm resp. ein Liter dieser Lebensmittel betrug im Reichsdurchschnitt in den Monaten Januar 23,50, Februar 23,61, März 23,60, April 23,80, Mai 23,72, Juni 23,97, Juli 24,37, August 24,65, September 24,77 Mk. Er hatte also, abgesehen von dem ganz unbeträchtlichen Rückgang in den Monaten März um 1 Pf und Mai um 8 Pf., in allen Monaten steigende Tendenz und ist von Januar bis September d. J. von 23,50 auf 24,77, also um 1,27 Mk. gestiegen! Die Steigerung der Lebensmittelpreise betrug also allein in den ersten Dreivierteljahre des laufenden Jahres 5,4 Proz.!

Trotzdem wagt es die Unternehmer-Fachpresse, von »unberechtigten« und »unverschämten« Forderungen zu reden!

Aus den Handelskammerberichten 1910: Kirchhain N.-L.: Das Geschäft in eimbrennbaren Abziehbildern hat sich während des Jahres 1910 ganz wesentlich gebessert. Aus Deutschland und auch aus dem Auslande, namentlich aus den Vereinigten Staaten von Amerika, lagen regelmäßige Aufträge vor, so daß die Steindruckereien, die eimbrennbare Abziehbilder herstellen, wieder vollauf beschäftigt sind. Die Absatzverhältnisse im In- und Auslande sind die gleichen geblieben. Auch in den Arbeiterverhältnissen hat sich in dem Berichtsjahre fast nichts geändert. Bei dem Abschluß neuer Handelsverträge schneidet die gesamte Steindruckerei, die Chromlithographie und Luxuspapierfabrikation immer sehr schlecht ab. Die Zölle des Auslandes werden fast regelmäßig trotz großer Bemühungen von Seiten der papierverarbeitenden Industrie erheblich erhöht, so daß der Absatz nach dem Auslande immer schwieriger wird. — **Stuttgart:** Hier haben sich die Verhältnisse gegenüber dem im allgemeinen wenig befriedigenden Vorjahr nicht wesentlich gebessert. Zwar stieg die Zahl der Aufträge in einzelnen Betrieben erheblich, so daß zeitweise mit Überstunden gearbeitet werden mußte, aber die Preise blieben nach wie vor ungünstig, da sich dieselben gegenüber den Rohmaterialpreisen nicht entsprechend erhöhen ließen. Die früher sehr erhebliche Ausfuhr nach Oesterreich, Rußland, der Schweiz und den Vereinigten Staaten hat seit den neuen Handelsverträgen nahezu aufgehört, deshalb ist auch die Konkurrenz umso empfindlicher. In der Xylographie sind die Verhältnisse eher schlechter als besser geworden und war der Geschäftsgang daher schleppend. Im Gegensatz hierzu war der Geschäftsgang in chemographischen Klischees trotz gedrückter Verkaufpreise betrieblieh. Der Export hat auch hier nahezu völlig aufgehört.

Gewerkschaften und Privatversicherung. Die Unterstellung der Gewerkschaften unter das Aufsichtsam für Privatversicherung wurde gelegentlich der Beratung über das Hilfskassengesetz vor einigen Tagen in der Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstages mit erörtert. Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß die Rechtspraxis auch solche Vereine dem Aufsichtsamt unterstellt hat, welche zwar statutgemäß einen solchen Rechtsanspruch nicht gewähren, aber in der Regel die Leistungen ihren Mitgliedern zugute kommen lassen. Sie sprachen die Befürchtung aus, daß auch die Gewerkschaften unter diesen Umständen unter das Aufsichtsamt gestellt werden können. Hierauf erwiderte der Ministerialdirektor, daß eine solche Auslegung des Gesetzes ganz ausgeschlossen ist. Es stehe fest, daß die Gewerkschaften es ernst damit meinen, wenn sie einen Rechtsanspruch auf ihre Unterstützungsleistungen ausschließen. Die Gewerkschaften müßten damit rechnen, daß sie zu einer Zeit alle ihre Mittel zu irgendeinem Streik aufwenden müßten. Jene Auslegung des Gesetzes, von der die Sozialdemokraten gesprochen haben, könne sich nur gegen Schwindler richten. Außerdem wiesen die Sozialdemokraten darauf hin, daß kleine lokale Kassen seit langem eine gegenseitige Tätigkeit entfalten haben, obgleich die versicherungstechnische Grundlage dieser Kassen sehr schwach ist. Wenn das Auf-

sichtsamt diese Kassen auf die Sicherheit der von ihnen versprochenen Leistungen gewissenhaft prüfe, würden die meisten Kassen nicht zugelassen werden, und das sei ein großer Nachteil für die Kassenmitglieder. Der Ministerialdirektor erklärte hierauf, daß in solchen Fällen das Aufsichtsamt nicht so scharf urteilen dürfe und solche Kassen, sofern sie reell geleitet sind, auch nicht beanstandet werden könnten.

Reptilienfonds. Die gelben Vereine erhalten als Preis für die Bekämpfung der freien Verbände zu »Wohlfahrtszwecken« aus der Schatulle der Unternehmer beträchtliche Almosen. Die Beiträge der Gelben selbst kommen vielfach kaum in Betracht. Es ist daher zu begreifen, daß die Herren ihre Leistungen schamig verschweigen. Der Kassenbericht der Gelben bei Krupp dokumentiert die »Harmonie« zwischen Unternehmer und Arbeiter, indem er die Beiträge der Firma und der Mitglieder in einer Summe aufführt, für das Jahr 1910 mit 132761,34 Mark. Da wir kein Interesse daran haben, den Wohlfahrtsinn der feinen Firma nicht gebührend zur Geltung kommen zu lassen, sei festgestellt, daß nach den Beiträgen der Gelben auf diese selbst höchstens ein Betrag von 12000 Mark entfällt. Die Firma hatte demnach in dem einen Jahre zur Förderung der gelben Bewegung 120000 Mark geopfert. Danach kann man ermaßen, wie wertvoll die Arbeiterzerspaltung dem Kapital erscheint. Daß solche Reptilienfondsenden die Arbeiter korumpieren und demoralisieren, ist für das Unternehmertum natürlich kein Grund, die Ausbreitung der gelben Seuche nicht zu fördern.

Eine Mahnung zum rationellen Ausbau der Organisationen, die gerade die Arbeiterschaft beherzigen muß, enthält der Bericht des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten. Es heißt darin u. a.: »Die Tarifverträge sind keine Allheilmittel. Wer wollte leugnen, daß tiefe Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geblieben sind. Eine Welt trennt uns von den Grundsätzen einer Partei, der die für uns in Frage kommenden Gewerkschaften folgen. Und weil es so ist, darum heißt es, unablässig rüsten, sich stark und fest machen, weil nur die Macht den Frieden verbürgt. Starke Parteien hüten den Frieden, sie wissen, daß der Krieg tiefe Wunden schlägt. Sie wissen aber auch, daß sie sich verlassen können auf die Abmachungen, die getroffen wurden. Natürlich kommen hier und da auch unter dem Vertragsverhältnis Differenzen vor, die ausgeglichen werden müssen. Doch bei solchen Tarifstreitigkeiten verbürgt nur Geschlossenheit und Kraft den gerechten Ausgleich.« Auch die Arbeiter müssen sich immer fester zusammenschließen, unablässig rüsten, in der Aufklärungsarbeit nicht erlahmen, wenn sie nicht der Uebermacht der Unternehmer unterliegen wollen.

Titel statt Lohn. Die »Soziale Praxis« veröffentlicht folgende »herzige Geschichte«: Ein technischer Betriebsarbeiter einer Aktiengesellschaft, Monteur seines Zeichens, war um eine kleine Lohnaufbesserung einkommen. Darauf erhielt er folgende schriftliche Antwort: »Herrn Monteur N. N. Auf Ihren Brief vom . . . erwidern wir Ihnen, daß wir bei den gedrückten Preisen Ihren Stundenlohn nicht erhöhen können. Um sie aber in anderer Weise zu entschädigen, ernennen wir Sie hiermit zu unserem Ingenieur und können Sie sich fortan außerhalb unseres Betriebes stets so bezeichnen. Wenn Sie fortfahren, unare Interessen bestens wahrzunehmen, stellen wir Ihnen in Aussicht, Sie nach einiger Zeit zum Oberingenieur zu ernennen. Aber wir rechnen darauf, daß Sie diese unsere Bereitwilligkeit als vollgültigen Ersatz für jede Lohnerhöhung ansehen, die wir Ihnen nach Lage des Geschäfts nicht gewähren können usw.« Das Anerbieten der Firma ist nett und nobel. Leider scheint der Monteur die lockende Aussicht recht gering eingeschätzt zu haben, sonst hätte er das vertrauliche Schreiben nicht der bösen Presse zugänglich gemacht.

Der Anschluß des Stukkateurverbandes an den Bauarbeiterverband ist durch Urabstimmung der Mitglieder des Stukkateurverbandes beschlossen worden. Der letzte Verbandstag der Stukkateure hatte einstimmig beschlossen, die Entscheidung über die Frage der Angliederung den Mitgliedern selbst zu überlassen und dabei festgelegt, daß der Zusammenschluß mit dem Deutschen Bauarbeiterverbände erfolgen solle, wenn sich an der Urabstimmung mindestens zwei Drittel der Mitglieder beteiligen und von den Abstimmenden 60 Proz. sich für die Angliederung aussprechen. An der Abstimmung haben sich rund 81 Prozent der Mitglieder beteiligt, davon erklärten sich 63 Prozent für den Anschluß.

Ein Gewerkschaftshaus hat jetzt auch Augsburg erhalten. Damit ging ein langgehegter Wunsch der dortigen Arbeiter in Erfüllung. Mit der Gründung der Gesellschaftsbrauerei Augsburg durch den Deutschen Brauerarbeiterverband und den Ankauf der Brauerei zum »Blumenschein« durch die Gesellschaftsbrauerei konnte die Frage des Gewerkschaftshauses in befriedigender Weise gelöst werden. Das nun vollständig umgebaute Gebäude enthält im Erdgeschoß große helle Wirtschaftsräume, im ersten Stock das Arbeitersekretariat, die Bureaus der Gewerkschaften und die Zentralbibliothek, im zweiten Stock die modern eingerichteten Fremdenzimmer mit vorläufig 40 Betten. Für die Reisenden

ist ein besonderer Aufenthaltsraum ohne Trinkzwang geschaffen, ferner eine Badeeinrichtung und ein Desinfektionsraum.

Aus dem Auslande.

Schweiz. Der Abschluß eines Tarifvertrags für das schweizerische Steindruckgewerbe steht unmittelbar bevor. Bekanntlich waren seit einigen Monaten Verhandlungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen im Gange für den Abschluß eines Tarifvertrags für das ganze schweizerische Gebiet. Am meisten unattraktiv war die Festsetzung der Arbeitszeit. Die Gehilfen verlangten eine Herabsetzung von neun auf achteinhalb Stunden. Die Verhandlungen führten schließlich zu einer Einigung. Die Arbeitszeit für 1912 soll um eine Stunde pro Woche verkürzt werden und von 1913 an eine weitere halbe Stunde pro Woche. Die Gültigkeitsdauer des Vertrags, der noch der Urabstimmung beider Verbände unterliegt, soll bis Ende 1915 gehen. — Während sich also die ausländischen Unternehmer mit ihrer Gehilfenschaft auf einer für beide Teile annehmbaren Basis einigten und damit die ungestörte Produktion ermöglichen, treiben es die deutschen Unternehmer wegen Lapalien zum Kampfe. So »schützen« sie das deutsche Steindruckgewerbe gegen die »ausländische Konkurrenz«.

Generalversammlungen und Kongresse. **Internationale Gastwirtheilfen-Konferenz.** Die zweite internationale Konferenz der Gastwirtheilfen fand vom 4. bis 7. Oktober in Amsterdam statt. Vertreten waren Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Dänemark und England mit insgesamt 18 Delegierten. Nach dem Bericht des Sekretärs gehören der internationalen Union elf Länder mit 26659 Mitgliedern an. Vom deutschen Verband wird in drei Sprachen alle 14 Tage die »Internationale Revue« herausgegeben. In einer Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß die gelben Vereine den stärksten Hemmschub in dem Vorwärtstreben bilden und deshalb die Zentralisation aller Kräfte zu großen Verbänden notwendig sei. Als Sekretär wurde Baumeister Berlin wiedergewählt.

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 28. Oktober 1911.

Sozialpolitische Aufgaben des sterbenden Reichstags. Erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Privatbeamtenversicherung. Heinz Potthoff über soziale Rechte und Pflichten: Notwendigkeit der sozialen Fürsorge; Berechtigung der Arbeiterbewegung; Vertretung dieser Wahrheiten durch die Arbeiterorganisationen.

Von dem sterbenden Reichstag, der am 17. Oktober zu seiner letzten Session zusammentrat, hatte die Regierung noch die Erledigung eines Arbeitspensums erwartet, das geradezu riesenhaft genannt werden muß. Neben zahlreichen wichtigen Interpellationen sollte er nach den Wünschen der Regierung u. a. von sozialpolitischen Gesetzentwürfen das Arbeitskammer- und das Heimarbeitergesetz sowie das Gesetz über die Versicherung der Privatangestellten verabschieden. Sogar auf die Durchpeisung der Strafprozeßreform hatte die Regierung noch gerechnet. Den Wünschen der Scharfmacher aller Schattierungen würde es allerdings entsprechen haben, wenn die Regierungswünsche realisiert worden wären, da ihnen der kommende Reichstag zweifellos nicht ein gleich willfähriger Handlanger bei ihren Entrenchtungs- und Ausbeutungsmaßnahmen sein dürfte wie der ablaufende. Aber selbst ihre parlamentarischen Vertreter mußten die Unmöglichkeit der Bewältigung des gestellten Pensums zugeben und mit schwerem Herzen die Erfüllung der Wünsche ihrer Auftraggeber und der Regierung ablehnen. Letztere gab zunächst die erhoffte Bewältigung der Strafprozeßreform preis, um wenigstens das Arbeitskammer- und das Heimarbeitergesetz noch unter Dach und Fach zu bringen. Inzwischen hat sie sich aber nach einer offiziellen Meldung vom 27. Oktober entschlossen, auch den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes endgültig fallen zu lassen, Ueber das Zustandekommen des Heimarbeitergesetzes werden noch Verhandlungen gepflogen. In der Frage des Hausarbeitersgesetzes ist auch die Konzession der Lohnämter nicht gemacht worden. Auf eine Anregung des Staatssekretärs Delbrück soll vielmehr versucht werden, für die Heimindustrie Fachorganisationen zu schaffen, die sich auch mit den Löhnen und Tarifverhältnissen befassen und das Recht haben sollen, Mindestlöhne festzusetzen. — Im übrigen wird ja der Gang der Dinge zeigen, inwieweit die Verwirklichung der übriggebliebenen Regierungswünsche dem ablaufenden Reichstage noch möglich ist.

Vorläufig hat er einmal von den sozialpolitischen Vorlagen den Gesetzentwurf über die Privatbeamtenversicherung in Angriff genommen, dessen erste Lesung in einem Tage durchgeführt worden ist. Dabei stellte es sich schon heraus, daß es mit diesem Gesetz ähnlich gehen wird, wie mit der Reichsversicherungsordnung. Wie dort die Arbeiter, so sind hier die Privatangestellten in ihrer erdrückenden Mehrzahl mit dem Inhalt des von der Regierung ausgearbeiteten Gesetzentwurfs durchaus nicht zufrieden. Er bietet zu wenig für die Opfer, die die Angestellten bringen müssen. Um nur einige Beispiele zu nennen: nach 10 Jahren wird ein Ruhegeld von 144—288 Mk. gewährt; nach 30 Jahren von 288—576 Mk. Die Witwenrente beträgt 75—115 Mk. nach 10 Jahren und nach 30 Jahren

115—230 Mk. Die Waisenrente beträgt nach 10 Jahren in den einzelnen Klassen 3,83—63,84 Mark. Das erinnert in der Tat sehr bedenklich an die Leistungen, die die Reichsversicherungsordnung für die Arbeiter in Zukunft festgelegt hat. Im besonderen ist die Waisenrente eine ähnliche Karikatur wie die für Arbeiterkinder. Trotzdem erklärten die Vertreter der bürgerlichen Parteien, entweder, daß der Regierungsentwurf grade genug biete und Zustimmung verdiene, oder gar, daß er schon zu weit ginge. Einzig die Sozialdemokratie stellte sich auf den Standpunkt, daß der Entwurf noch sehr viel mehr mit den lebhaften Wünschen der Privatangestellten in Einklang gebracht werden und deshalb gründlich durch- und umberaten werden müsse. Der Entwurf ging an dieselbe Kommission von 20 Mitgliedern, die seinerzeit die Reichsversicherungsordnung beraten hat, zur weiteren Vorberatung. Es muß nun abgewartet werden, was die Kommission aus der Vorlage zu machen versteht. Hoffentlich geht sie dabei etwas fortschrittlicher zu Werke als bei der Reichsversicherungsordnung. Die an die letztere geknüpfte Kritik könnte ihr ganz gut als Wegweiser dienen. Eine wirksamere soziale Fürsorge ist nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Schichten der Privatangestellten unbedingt notwendig.

Mit prächtiger Schärfe und Klarheit hat kürzlich der Syndikus zahlreicher Privatangestelltenverbände, der fortschrittliche Sozialpolitiker Heinz Pothhoff, die sozialen Pflichten, die der Staat gegenüber den Arbeitern und Angestellten hat, in einer soeben erschienenen Broschüre betont. Er schreibt darin u. a.:

„Da der einzelne Unternehmer kein Interesse an der dauernden Leistungsfähigkeit seines Personals hat, sondern jeden Abgewirtschafteten stets durch eine andere, junge Kraft ersetzen kann, so liegt die Versuchung recht nahe, daß die Arbeitskräfte übermäßig ausnützt; daß er (kaufmännisch gesprochen) ohne Rücksicht auf lange Verzinsung nur auf hohe Verzinsung der menschlichen Arbeitskraft sieht; daß er durch Raubbau an der Gesundheit seiner Mitmenschen sich wirtschaftliche Vorteile schafft. Dieser Raubbau und diese Abhängigkeit bedeutet nicht nur eine Übervorteilung des Arbeitnehmers, aus dessen Arbeit allein Zins und Rente fließen, sondern auch eine Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte, einen Verstoß gegen den Kantischen Moralsatz vom Selbstzweck jedes Menschen. Sie bedeuten zugleich auch eine schwere Verletzung des Gesamtinteresses. Denn der Staat ist um seiner Bürger willen da; er muß vor allem Leben, Gesundheit und Arbeitskraft der Millionen schützen; diese müssen ihm aus kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Gründen wichtiger sein als die Verzinsung des in den Unternehmungen angelegten Kapitals oder irgendwelche andere Rücksichten. Denn in den Bürgern steckt der weitaus größte Teil des Nationalvermögens. Gegen 1000 Milliarden hat die Erziehung unserer 65 Millionen Menschen gekostet. Gegen diese Summe verschwindet das auf etwa 300 Milliarden geschätzte Sachgütervermögen. Die übermäßige Ausnutzung der arbeitenden Millionen durch die Arbeitgeber, der Raubbau an der Gesundheit und Arbeitskraft durch überlange Arbeitszeit, Unterernährung, Mangel an Nachtruhe, Sonntagsruhe, Erholungsurlaub usw. bedeutet eine schwere Schädigung des Volksreichtums, eine Vergeudung der in den Menschen investierten Milliarden. Das wichtigste volkswirtschaftliche Interesse an der möglichst langen Erhaltung der Arbeitskraft jedes einzelnen, das sich mit dem wichtigsten politischen Interesse deckt, erfordert einerseits Schutzmaßnahmen, namentlich eine Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit; andererseits eine Fürsorge für die Zeiten der Arbeitsunfähigkeit durch soziale Versicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Altersversicherung; Witwen- und Waisenversicherung; Mutterschaftsversicherung; Arbeitslosenversicherung usw.). Hier liegen die großen sozialen Probleme des zwanzigsten Jahrhunderts, die von Recht und Sitte gemeinsam gelöst werden müssen, nachdem die Technik ihren Anteil geleistet und die Vorbedingungen für die Lösung gegeben hat. Wie ist es zu erreichen, daß trotz Verdreifachung unserer Volkszahl auf jeden einzelnen unserer 65 Millionen ein Mehr an wirtschaftlichen und geistigen Gütern, an Zivilisation und Kultur kommt als auf den einzelnen der 20 Millionen zu Goethes Zeit? Für die Vertretung wichtiger Sozialpolitik braucht es nur der Erkenntnis zweier einfacher Wahrheiten: das Volk ist der Staat; und: das Volk ist das Nationalvermögen. Wer diese beiden Wahrheiten anerkennt, gehört zu den sozialen Parteien. Ob diese Parteien in ihrem Namen und Wirken das Soziale besonders betonen oder das Liberale oder auch das Demokratische, das macht keinen entscheidenden Unterschied. Sie alle drei treffen sich in dem Urwort vom Werte der Persönlichkeit. Sie stehen im Kampfe gegen die politischen und wirtschaftlichen Mächte, die zur Niederdrückung der Persönlichkeit schwer gerüstet sind.“

Interessant sind weiter noch die Darlegungen Pothoffs über die Frage der sogenannten Arbeiterinteressen. Es heißt da: „Jeder Stand hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, seine Interessen im Wettstreit mit den anderen Gruppen zu behaupten und durchzusetzen, soweit er überzeugt ist, daß es im Gesamtinteresse notwendig und gegenseitig ist. Leider ist das ja überall der Fall. Jeder Stand hält sich für besonders notwendig, seine Bevorzugung vor andern (das man selbst stets, Gleichberech-

tigung' nennt) für ein Staatsinteresse. Das ist an sich schon ein Grund, warum kein Stand zurückbleiben darf mit seinen Interessen, damit die mittlere Linie' nicht von vornherein an einer falschen Stelle ansetzt. Wie weit der einzelne Stand recht hat, lehrt die Unterstützung der nicht unmittelbar Interessierten, lehrt oft die öffentliche Meinung und hinterher die Geschichte. Für die Berechtigung der Arbeitnehmerbewegung spricht allgemein ein Dreifaches: Unser Recht und unsere Politik haben unter dem Einflusse römischer Juristerei und altgewohnter Herrschaftsverhältnisse bisher ganz vorwiegend den Interessen des Vermögens, der Produktion und des Arbeitgebers gefolgt. Nachdem aber die Masse derer, die ihre Existenz auf ein Arbeits- oder Dienstverhältnis gründen, nahezu 40 Millionen in Deutschland erreicht hat, ist es zweifellos eine Notwendigkeit, daß Recht und Politik stärker als bisher den Grundsatz anerkennen: der Staat ist um der Menschen willen da; sein Hauptreichtum liegt in seinen arbeitenden Bürgern; wichtiger als Zins und Rente ist die Arbeitskraft der Millionen; das oberste Gesetz muß die Erhaltung von Leben, Gesundheit und Arbeitskraft der gegenwärtigen und der kommenden Generation sein.“

Diese vernünftigen und den Nagel auf den Kopf treffenden Ausführungen eines einsichtsvollen Mannes aus bürgerlichem Lager, der durchaus nicht sozialdemokratischer Gesinnung 'verdächtig' werden kann, sollten für die Scharfmacher ein Denkzettel sein, die nicht nur jede soziale Fürsorge unterbinden, sondern auch am liebsten die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vernichten möchten. Den Arbeitern selbst sind die von Pothhoff vertretenen Wahrheiten schon lange nichts neues mehr. Sie haben, solange sie zum Bewußtsein ihrer Lage und zum politischen Denken erwacht sind, stets durch ihre Organisationen im Sinne der Pothoffschen Ausführungen gewirkt und sind dabei immer auf den zähen Widerstand nicht nur der Scharfmacher, sondern der bürgerlichen Schichten überhaupt gestoßen. Daher ist es gut, wenn letzteren die Wahrheiten, für deren allgemeine Anerkennung die Arbeiterorganisationen stets mit Nachdruck gewirkt haben, auch einmal durch einen der ihren verkündet werden, wie es Heinz Pothhoff durch seine Aufklärungsarbeit über soziale Rechte und Pflichten in dankenswerter Weise getan hat.

Die Zollpolitik, der Hansabund und die Arbeiterschaft.

I.

Die gegenwärtige Teuerung aller Lebensmittel lenkt die Aufmerksamkeit auf die Fragen der Wirtschaftspolitik. Die lebhafteste Erörterung dieser Fragen, die daraus entspringt, ist von größtem Nutzen, da die Fragen der Zollpolitik in der bevorstehenden Wahlbewegung zum deutschen Reichstage eine hervorragende Rolle spielen werden. Die Handelsverträge, die auf Grund des Zolltarifes von 1902 mit dem Auslande abgeschlossen worden sind, laufen 1917 ab, so daß dem Reichstage, den das deutsche Volk Anfang 1912 zu wählen hat, die Aufgabe zufällt, einen neuen Zolltarif zu schaffen. Von der Zusammensetzung des Reichstages wird es abhängen, wie die Zollpolitik des Reiches in Zukunft gestaltet sein wird.

Das Interesse der Gewerkschaften an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik ist außerordentlich groß. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bringen jah aus jahre ein großes Opfer an Kraft und Geld zur Verbesserung ihrer Lage. Ein großer Teil dieser Verbesserungen wird immer wieder durch hohe Lebensmittelpreise und Grenzsperrn, die die ohnehin vorhandene Lebensmittelpreise künstlich verschärfen, illusorisch gemacht. Eine etwaige Erhöhung der bestehenden Zollmauern durch den nächsten Reichstag würde die Gewerkschaft zu neuen gewaltigen Kämpfen um Lohnerhöhungen zwingen. Darum ist es notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Haltung der verschiedenen sozialen Interessentengruppen und politischen Vereine zu diesen Fragen rechtzeitig die größte Beachtung schenken und ihr Verhalten zu ihnen nach dem Ergebnis dieser Beobachtungen einrichten.

Das Interesse der Großgrundbesitzer an hohen Lebensmittelpreisen ist bekannt; sie schreiben auch jetzt schon mit voller Lungenkraft nach einer Erhöhung dieser Zölle durch den neuen Zolltarif. Ihr politischer Einfluß ist jedoch nicht stark genug, um allein die Erfüllung dieser Wünsche durchzusetzen. Um den Hochschutzzolltarif von 1902 zustande zu bringen, mußten sie sich mit den Industriemagnaten verbinden. Diese legten sich für hohe Agrarzölle aber nur ins Zeug, um dadurch die Unterstützung der Agrarier bei der Durchsetzung hoher Industriezölle, insbesondere hoher Eisen- und Textilzölle zu erhalten. Denn auch die Industriellen allein sind nicht stark genug, hohe Industriezölle zu erlangen. Die Industriezölle sperren den Auslandsmarkt gegen die ausländische Konkurrenz ab, so daß die Industriellen, ohne durch die Auslandskonkurrenz beunruhigt zu sein, zur Bildung von Kartellen schreiten können, die dann als Mittel dienen, die Preise für die industriellen Produkte auf einer unverminderten Höhe zu halten, den Inlandsmarkt nach Kräften auszuwuchern. Hauptinteressent an dieser Politik ist die schwere Eisenindustrie.

Nun bereiten die hohen Lebensmittelpreise den Industriellen allerdings einige Schwierigkeiten: sie verteuern die Lebenshaltung der Arbeiter und zeitigen, wie wir schon andeuteten, Lohnforderungen durch die Gewerkschaften.

Die Stellung der einzelnen Industriellengruppen zu den Gewerkschaften und ihren Forderungen ist aber sehr verschieden. Die mächtige Gruppe der Großindustriellen fühlte sich stark genug, die Arbeiterschaft in Schach zu halten; ihre Kartelle, in denen sie sich fest zusammenschließen, erhöhen ihre Widerstandskraft gegen die Gewerkschaften. Dazu kommt, daß der Vorteil, den ihnen die im Schatten der Zollmauern gut gedeihende wucherische Zollpolitik bringt, so groß ist, daß er durch einige Lohnerhöhungen nicht aufgehoben werden würde. Anders sieht es mit der Verarbeitungsindustrie aus. Aus verschiedenen Gründen ist hier eine Kartellierung, also eine Ausschaltung der Konkurrenz und ein fester Zusammenschluß auch gegen die Gewerkschaften wesentlich schwerer zu erreichen. Der Kampf dieser Unternehmerrgruppen gegen die Arbeiterforderungen ist aus diesen und anderen Gründen in vielen Fällen weit weniger aussichtslos als in der schweren Industrie. Auch die Interessenten der Fertiindustrie möchten beileibe nicht auf Industriezölle verzichten, aber sie haben doch ein Haar in der Suppe der Hochschutzzollpolitik gefunden, das ihnen Abscheu einflößt: die hohen Lebensmittelpreise, deren brotverteuernde Wirkungen die Lohnforderungen der Arbeiter gar nicht aufhören lassen. Sie fürchten darum eine Erhöhung dieser Zölle durch den nächsten Reichstag und möchten ihr vorbeugen.

Zum Kampfe gegen die im Bund der Landwirte organisierten 'Ueberagrarien' wurde im Juni 1909 auf einer Versammlung im Zirkus Schumann zu Berlin der 'Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie' gegründet; die Einladung zur Versammlung ging aus vom Zentralverband deutscher Industrieller und vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes.

Es war eine sehr gemischte Gesellschaft, die sich zunächst im Hansabund zusammenfand; neben Angestellten, Klein- und Mittelindustriellen und Handelsinteressenten saßen die Gewaltigen der Großindustrie, vertreten durch den Zentralverband deutscher Industrieller. Die Ursache für diese auffallende Einmütigkeit sehen wir darin, daß die agrarisch ultramontane Finanzreform von 1909, die die Interessen des gesamten mobilen Kapitals im gleichen Maße verletzte, den letzten Anstoß zur Gründung des Bundes gab. Des weiteren bewegte wohl den Zentralverband die Hoffnung, die neue Organisation durch seinen Einfluß zu einem Kampfmittel gegen die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und Sozialpolitik gestalten zu können, zur Mitwirkung bei der Gründung. Nicht lange nach der Gründung forderten die Großindustriellen denn auch von den leitenden Personen im Hansabund eine klare Stellungnahme zu den sozialpolitischen und Arbeiterfragen. Die 'Arbeitgeberzeitung' schrieb am 12. September 1909: 'Die Arbeitgeber dürfen verlangen, daß der Hansabund jedes Verstecken spielen in sozialpolitischer Hinsicht aufgibt und unumwunden erklärt, daß er eine seiner Hauptaufgaben darin erblickt, der unheilvollen Entwicklung auf sozialpolitischem Gebiet tatkräftig und entschlossen entgegenzutreten.'

Das Drängen hatte aber nicht den gewünschten Erfolg. Bei verschiedenen Gelegenheiten erklärte das Präsidium des Bundes immer wieder, daß er den Kampf gegen die Ueberagrarien für die nächste und wichtigste Aufgabe des Hansabundes halte. Inzwischen rückte auch die Reichstagswahl näher und näher. Schon längst beschuldigten die Prätrabanten der Großindustriellen die Hansabundsteilnehmer einer himmlischen Liebe zur Sozialdemokratie; sie verlangten von ihr, diese sündige Neigung offen abzuschwören und mit klaren und unzweideutigen Worten gegen Sozialdemokratie und Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. Die Abgabe einer solchen Erklärung hätte die Männer an der Spitze des Hansabundes in argen Widerspruch gesetzt zu ihrem Aufruf zum Vorgehen gegen die agrarischen Anmaßungen; eine generelle Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie hätte den Hansabund verpflichtet, in allen Stichwahlen, in denen ein Sozialdemokrat einem Konservativen gegenübersteht, eine Parole für diesen und gegen den Sozialdemokraten, also für die Agrarernagie und gegen die Eindämmung des Zollwuchers auszugeben.

Das war das Ziel der Wünsche der Großindustriellen. Sie zu befriedigen war aber für den Hansabund unmöglich, wollte er nicht in den Augen weiter Kreise seine Existenzberechtigung verlieren. Auf der Jahresversammlung des Bundes am 12. Juni 1911 erklärte denn auch Oehmsen Dr. Reiser, der Präsident des Hansabundes: 'Wir unterstützen bei den Wahlen, deren Durchführung den politischen Parteien obliegt, die bürgerlichen politischen Parteien bei Aufstellung und Durchsetzung derjenigen Kandidaten, welche die Gewähr dafür bieten, daß sie im Parlament unser Gleichberechtigungsprogramm in ihren Parteien zur Geltung bringen werden, Stichwahlparolen aber können wir, sofern es sich nicht um solche Kandidaten handelt, die wir schon in der Hauptwahl unterstützt haben, niemals ausgeben.'

¹⁾ Siehe hierüber unseren Aufsatz: 'Von der Kampfeskraft des Unternehmertums' in Nr. 34 und 33 der 'Graph. Presse'.

Das schlug dem Faß den Boden aus. Die Großindustriellen mußten sehen, daß ihr Einfluß nicht ausreichte, der Politik des Hansabundes die gewünschte Richtung zu geben. Der Bund konnte ihnen jetzt nur noch als ein schädliches Gebilde erscheinen; sein Drängen zum Kampf gegen rechts mußte von den Schwerindustriellen als eine unangenehme Störung ihres Techtelmechtels mit den Großgrundbesitzern zur wechselseitigen Versorgung mit Wucherzinsen empfunden werden. Da sich die Großindustriellen im Bunde nicht die gewünschte Geltung zu verschaffen vermochten, mußten sie alles daran setzen, ihn zu schädigen; das geschah durch den Austritt des Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Landrat a. D. Rötger, aus dem Präsidium des Hansabundes und aus diesem selbst, der Ende Juni 1911 erfolgte. Damit hatte sich der Zentralverband, in dem die rheinisch-westfälische Stahl- und Eisenindustrie die Führung hat, vom Hansabunde losgeragt.

Solidaritätsgefühl und Gewerkschaft.

Die Menschen sind soziale Wesen, die in Gruppen zusammen leben und den Daseinskampf gemeinsam führen. Die Menschen der Urzeit sind gruppenweise aus dem tierischen oder halbtierischen Zustande ins menschliche Dasein getreten. Die Angehörigen der einfachen Menschenhorde waren aufeinander angewiesen und hielten wie Pech und Schwefel zusammen, denn nur durch den festen Zusammenhalt und die gegenseitige Hilfe zu Schutz und Trutz waren sie imstande, den Kampf gegen die feindlichen Naturgewalten und die Riesentiere der Urwelt siegreich bestehen zu können. Der soziale Charakter dieses Kampfes erzeugte in ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Gemeinsamkeit der Interessen und prägte den Grundsatz: »Alle für einen, einer für alle!« tief ins Menschenherz ein. Die solidarische Haltung der Gruppenmitglieder untereinander war die erste Pflicht, und ein Verstoß gegen diese Gruppen-solidarität galt als ein todeswürdiges Verbrechen, während der Kampf gegen eine fremde Horde und die Schädigung eines Angehörigen dieser fremden Horde als Heldenstat betrachtet wurde.

Die einzelnen Horden erweiterten sich allmählich zu Völkern, und nun entwickelte sich das Stammesgefühl, denn die Gemeinsamkeit der Abstammung sowie die Uebereinstimmung in Sprache und Religion, in Sitte und Lebensführung, in Bräuchen und Gewohnheiten schloß ein festes Band um die Stammesgenossen. Dieses Gefühl ziltet noch heute nach in den Landsmannschaften und der Sympathie, die die aus einer engeren Heimat stammenden Landsleute in der Fremde für einander empfinden. Aus den Stämmen erwuchs das Volk, und das Stammesgefühl wurde zum Nationalgefühl, doch bleiben die vorherigen Bewußtseinsformen noch immer bestehen; je enger die heimatischen Beziehungen der Menschen untereinander sind, desto stärker ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Der gemeinsame Mutterboden, dem sie entsprossen, kettet die Menschen aller Internationalität zum Trotz fest aneinander.

Die Entwicklung der menschlichen Horden zu Stämmen und Völkern vollzog sich ursprünglich dadurch, daß fremde Elemente in die bisher gleichartige Gruppe aufgenommen wurden. Diese Fremden waren besiegte Feinde, die entweder zu Sklaven oder zu halbreifen Höligen gemacht wurden. Jetzt bildeten sich in ein und derselben Gemeinschaft zwei Klassen, die Herren und die Unterdrückten, die sich feindlich gegenüberstanden. Hierdurch erhielt das Stammesgefühl einen argen Stoß und manchmal ging es gänzlich in die Brüche. Der Unterdrückte erblickte in seinem Unterdrückter nicht mehr den Volksgenossen, dem er Solidarität zu beweisen hatte, sondern den Feind, der auf Leben und Tod bekämpft werden mußte. Die Klassen-solidarität trat an die Stelle der Rassen-solidarität, und der »vaterlandslose« Proletarier erschien auf der Bildfläche. In der Gegenwart ist die Klassen-solidarität scharf ausgeprägt. Die herrschende Klasse der verschiedenen Völker sympathisiert untereinander, und ein deutscher Kapitalist versteht einen englischen oder französischen Kapitalisten besser als einen deutschen Arbeiter, seinen eigenen Landsmann. Und umgekehrt entwickeln sich unter den Proletariern der verschiedenen Länder starke Sympathien, mit denen das internationale Ausbeutertum heute schon rechnen muß.

Zuerst entstand das Solidaritätsgefühl in der einfachen Horde und zog dann immer weitere Kreise. Auch der Klassen-solidarismus hat eine ähnliche Entwicklung durchgemacht. Zunächst fühlten sich nur die Angehörigen ein und desselben Gewerbes einander innig verbunden, während sie den anderen Gewerben fremd und gleichgültig, wenn nicht gar feindlich gegenüberstanden. Die Gemeinsamkeit der Arbeitsbedingungen und beruflichen Interessen, der gewerblichen Kenntnisse und Fertigkeiten bildeten das Band, das sie umschloß. So war das Verhältnis im Mittelalter, weshalb damals von einer allgemeinen Arbeiterbewegung noch keine Rede sein konnte. Der Kapitalismus ballte die Arbeiter zu großen Massen zusammen, und jetzt wurde das Stammesgefühl zum Klassen-

solidarismus. Die modernen Arbeiter fühlen sich immer mehr als Glieder einer einzigen Klasse und beweisen darum ihre Solidarität auch den Nichtberufsgenossen gegenüber, was natürlich nicht ausschließt, daß die Kollegen ein und desselben Berufes noch heute innerlich miteinander verhasst sind, weshalb die auf der Kollegialität beruhende Solidarität am stärksten ist.

Selbstverständlich darf die menschliche Solidarität nicht ein Gefühl bleiben, sie muß vielmehr den Willen in Bewegung setzen und ein solidarisches Handeln erzeugen. Wer das Wort Solidarität im Munde führt, aber gegebenenfalls keine Hilfe leistet, der bietet ebenso ein Zerbild des Solidarismus, wie ein Mensch, der für sich die Unterstützung seiner Genossen annimmt, selbst aber niemandem hilft. Solidarität ist also eine auf Gegenseitigkeit beruhende tatkräftige Hilfeleistung, die aus der Ueberzeugung hervorgeht, daß beide Teile, der die Solidarität übt und der sie empfängt, anständige Leute sind, die das Goethewort befolgen:

»Mann mit zugeknöpften Taschen,
Dir tut niemand was zu Lieb,
Hand wird nur von Hand gewaschen,
Wenn du nehmen willst, so gib!«

Die Solidarität, von der wir hier sprechen, ist sozialer Art und bringt deshalb eine gewisse Planmäßigkeit ganz von selbst mit sich. Nehmen wir als Beispiel einen Deichbruch, wodurch die Bewohner eines Dorfes in Gefahr geraten. Die Bewohner der umliegenden Dörfer eilen zur Hilfe herbei. Hier muß die Hilfeleistung planmäßig vor sich gehen, wenn sie Erfolg haben soll. Der gute Wille und die edle Absicht, helfen zu wollen, genügt nicht; solange die Helfer planlos herumlaufen und sich gegenseitig im Wege stehen, wird nichts geleistet; erst wenn System in die Sache kommt, wenn eine straffe Leitung da ist, die die Rettungsmaßregeln organisiert, dann erst hat die Hilfeleistung praktischen Wert. Da sich solche Ueberschwemmungen mehrfach ereignen haben, hat sich im Laufe der Zeit eine Organisation zur gegenseitigen Hilfeleistung gebildet, eine Deichgenossenschaft; sie verfolgt verschiedene Zwecke: erstens soll sie durch fortwährende Ueberwachung und Ausbesserung der Dämme und Delche eine Ueberschwemmung möglichst verhindern, zweitens soll sie, falls dennoch ein Deichbruch vorkommt, planmäßig Rettungsmaßregeln treffen, und drittens soll sie den entstandenen Schaden durch ein Umlageverfahren decken. Hier zeigt sich die Bedeutung der organisierten Solidarität, denn ohne Organisation bleibt die Solidarität wirkungslos.

Die proletarische Solidarität findet ihren besten Ausdruck in den modernen Gewerkschaften, deren Mitglieder durch Zahlung der Beiträge ihr Solidaritätsgefühl in die Tat umsetzen und dadurch zugleich einen Anspruch erwerben auf die Solidaritätsbeweise ihrer Kollegen. Ohne Zweifel wird dadurch das Selbstgefühl eines Gewerkschafters gehoben, daß er selbst Solidarität übt und infolgedessen die Solidarität seitens der Kollegen als Selbstverständlichkeit empfindet. Durch dieses Gegenseitigkeitsverhältnis wird um die Genossen ein festes Band geschlossen, wie um Freunde, die in Freud und Leid zusammenstehen und sich gegenseitig mit dem letzten Groschen ausheilen. Und wenn auch die Gewerkschaftsbewegung weiter nichts geleistet hätte, als das sie die Solidarität unter den Arbeitern aus einer Gefühlssache zu einer Tatsache gemacht hat, so würde dies doch ihr unvergängliches Ruhmesblatt bleiben.

Ueber den Rahmen des einzelnen Gewerbes hinaus bewährt sich die proletarische Solidarität in dem Zusammenarbeiten der verschiedenen Gewerkschaften, wie wir dies in Deutschland haben. Die eine Gewerkschaft leistet der anderen Beistand, und diese Gegenseitigkeit der Hilfeleistung verleiht der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein solch sympathisches Gepräge. Allerdings setzt jede Gewerkschaft ihren Stoiz darin, ihre Kämpfe aus eigener Kraft zu führen und ihren Verpflichtungen mit eigenen Mitteln gerecht zu werden, aber wenn es die Verhältnisse erfordern, nimmt sie die Hilfe der anderen in Anspruch unter der stillschweigenden Versicherung, daß sie in einem gleichen Falle mit ihrer Hilfe nicht kargen werde. In ähnlicher Weise tritt auch die internationale Solidarität in die Erscheinung, und hier können die deutschen Arbeiter als Muster dienen. Überall sehen wir also, wie die organisierte Solidarität des Proletariats wahre Heldenstaten verrichtet. Während früher bei jeder Gelegenheit der Klingelbeutel im Lande herumging, wobei opferfreudige Genossen immer von neuem wieder bluten mußten und die Drückeberger sich ins Fäustchen lachten, werden in den modernen Gewerkschaften Rechte und Pflichten gleich verteilt, und auf diese Weise wird die Gegenseitigkeit der Hilfeleistung verwirklicht. Die Gewerkschaft ist eine Schule, worin die Arbeiter lernen, daß die wahre Solidarität nicht im Gefühl liegt und keine bloße Reizart bleiben darf, sondern sie durch die Tat bewiesen werden muß. Darum wird die Gewerkschaftsbewegung in den Kreisen der Arbeiter auch nur von jenen Elementen angefeindet, bei denen die Solidarität nicht an den Gelbeutel heranreicht. Ein Proletarier, der Solidaritätsgefühl, Opferwilligkeit und Tatkraft miteinander verbindet, wirkt in seiner Gewerkschaft zum Heil und Segen seiner Genossen und zum eigenen Vorteil.



Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Glossen zur Bewegung.

II.

Der Schutzverband zweifelte bekanntlich unsere Zahlen über den Umfang der Aussperrung an und er suchte den Anschein zu erwecken, als seien diese Zahlen viel zu niedrig. Dadurch wollte er verschleiern, wie sehr er sich blamierte, als er seinen Unternehmerkollegen vorschwindelte, an dem Kampfe würden mindestens 5400 Gehilfen beteiligt sein, woraus er später sogar 6200 machte. Er hat sich noch nicht zu dem offenen Eingeständnis aufzuschwingen vermocht, daß seine *eingebildete* Macht bedeutend hinter seinem *wirklichen* Einfluß zurückblieb, daß er der Öffentlichkeit etwas vorlog und daß wir, die er in leistungsfähiger Weise bezichtigte, die Zahlen viel zu niedrig angegeben zu haben, zutreffend berichteten.

Aber er hat wenigstens insofern schon einen Schritt auf dem Wege zur Besserung getan, als er zwar nicht durch sein eigenes Organ, wohl aber durch das Zentralorgan des organisierten Unternehmertums, die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung«, die Richtigkeit unserer Angaben anerkannte. Dieses Blatt berichtet nämlich in seiner Nummer vom 29. Oktober ziemlich treffend: »Es stehen in ganz Deutschland insgesamt in 51 Orten etwa 4500 Gehilfen bei annähernd 300 Firmen im Ausstand. Außerdem sind an dem Streik etwa 1800 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beteiligt.« Verglichen mit unseren Angaben ist also nur die Zahl der Firmen etwas zu hoch angegeben.

Im Vertrauen auf die Wirkung des Hildegewinns, durch das der Schutzverband die Mitglieder des Fachverbandes dafür zu gewinnen hoffte, ihm aus der selbstverschuldeten Klemme zu helfen, sahen sich verschiedene Unternehmer-Fachblätter, unter ihnen der »Druckerei-Anzeiger« und die »Papier Zeitung«, schon Mitte Oktober zu der Nachricht veranlaßt, daß der Kampf immer größere Ausdehnung annehmen wird, zumal eine Reihe von größeren Firmen sich neuerdings wieder mit der Prinzipals-Organisation solidarisch erklärt haben.

Hier war der Wunsch anscheinend wieder einmal der Vater des Gedankens, denn diese Nachricht war arg voreilig. Wir teilten schon mit, daß an zwei dem Erscheinen des schutzverbändlerischen Hilfescheins folgenden Kündigungsterminen von einer größeren Ausdehnung der Bewegung durch Solidaritätserklärungen einer Reihe größerer Firmen noch nichts zu merken war. Erst am 28. Oktober haben sich vier Firmen in Dresden, und zwar *Neuke & Ostermeier, Saxonia, Zepernick* und die *Privat-lithographie von Steinbach & Strache* mit ungefähr 115 Gehilfen der Bewegung angeschlossen. Diesen stehen aber wieder vier Betriebe — zwei in Leipzig und zwei in Düsseldorf — gegenüber, die dem Schutzverbande die Gefolgschaft kündigten und mit der Gehilfenschaft eine Einigung herbeiführten. Die Betriebe in Düsseldorf beschäftigen 13, die beiden Leipziger Betriebe 17 und 10 Gehilfen. Die Zahl der geregelten Leipziger Anstalten erhöht sich dadurch auf 231 Düsseldorf scheidet ganz aus der Reihe der von der Bewegung erfaßten Orte aus. Wir sind überzeugt, daß noch mehr Firmen diesem guten Beispiel folgen und entgegen der Treiberei des Schutzverbandes zu einer besseren Einsicht gelangen werden.

Das christliche graphische Zentralverbändchen weiß nicht genug Aufhebens davon zu machen, daß es sich der Bewegung im Lithographie- und Steindruckgewerbe angeschlossen habe, d. h. also daß es seine Mitglieder nicht Streikbrecher werden lassen will. Diese für einen Verband, der den Anspruch erhebt, als Gewerkschaft betrachtet zu werden, sich ohne weiteres ergebende Selbstverständlichkeit wird

aber sofort wieder wettgemacht durch die Stinkbomben, mit denen das Organ des christlichen Verbändchens den im Vordertreffen stehenden Verband zum Gaudium des Unternehmertums bewirft. Schreibt es doch z. B. in seiner Nummer vom 14. Oktober:

„Fest steht allerdings, daß der Schutzverband für das Steindruckgewerbe oft die geringsten Verbesserungen der Arbeiterschaft zu verhindern trachtet, aber auch der Senefelderbund ist als eine brutale Arbeiterorganisation bekannt, die rücksichtslos all das mit Füßen tritt, was nicht nach ihrer Pfeife tanzt. So haben auch unsere Kollegen im Interesse einer wirtschaftlichen Besserstellung den Kampf mit Unterstützung, aber ein Mitbestimmungsrecht uns einzuräumen kann sich der unduldsame sozialdemokratische Verband nicht aufschwingen.“

In der Nummer der »Graph. Stimmen« vom 28. Oktober wird dasselbe Lied in schärferer Tonart gesungen. Es verlohnt sich aber nicht, auf die Klagelieder des christlichen Verbändchens über seine mangelnde Bedeutung näher einzugehen, da letztere schließlich nicht von uns verschuldet ist. Wir wollen nur feststellen, daß die »Christen« z. B. von unserer Ortsverwaltung in Nürnberg ein Mitbestimmungsrecht fordern, weil sich unter den 569 Gehilfen, die in Nürnberg im Kampfe stehen, — ganze 3 oder 4 Mitglieder des christlichen Verbändchens befinden, die gleich vielen Nichtorganisierten nicht Streikbrecher werden wollten! Wir überlassen die größtenwahnwitzige Anmaßung der christlichen »Führer« dem Urteile der Öffentlichkeit.

Durch das geforderte Mitbestimmungsrecht wollen die christlichen »Strategen« wahrscheinlich gegen die »vom Senefelderbund eingeleitete Kampfesform« Einspruch erheben, die angeblich nach den Ausführungen des christlichen Zentralvorsitzenden Hornbach in einer Nürnberger Versammlung, über die in den »Graph. Stimmen« berichtet wird, »weniger auf Erfolg der durchaus notwendigen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzielen, sondern in der Hauptsache als Vernichtungskampf gegen den Schutzverband für das Steindruckgewerbe gele.«

Dieser Verdrehung gegenüber, die den Scharfmachern alle Ehre machen würde, stellen wir fest, daß sich unser Kampf für die durchaus notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur deshalb gegen den Schutzverband richten muß, weil dieser jeder Hebung der Lage den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzt. Diese zwingende Notwendigkeit zu begreifen geht natürlich über das Begriffsvermögen des christlichen »Strategen« Hornbach. Er spielt lieber auch während eines schweren Ringens zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft für ersteres den Kronzeugen, für letztere den Quertreiber, eine Tätigkeit, die jeder kämpfende Arbeiter gerade jetzt für verabscheuenswerter als den direkten Streikbruch halten wird!

Das Vertrauen des Schutzverbandes in den Frankfurter Unterstützungsverein, den er bekanntlich durch seine Mitglieder unseren Kollegen in unzutreffender Weise als einen »rechtlich garantierten Ersatz« für die bei uns erworbenen »scheinbaren« Ansprüche empfohlen ließ, scheint erschüttert zu sein. Als eine Firma in Sachsen ihre ausgesperrten Gehilfen zum Unfall zu überreden versuchte durch den Hinweis darauf, daß ihnen in Bezug auf unsere Unterstützungseinrichtungen ein ausreichender Ersatz geboten werden solle, antwortete sie auf die entrüstete Frage der Kollegen, ob sie vielleicht zu den Gelben gehen sollten: »Nein, mit denen ist auch nichts!«. Wer aus dem Verbanne austreten will und dieses unterschreibt, kann Einsicht nehmen in eine zu schaffende Versicherung, die dann Invaliden- und Krankenunterstützung gewährt.«

Näheres über diesen schönen Plan konnten die Kollegen leider nicht erfahren, da sie die Zumutung, die Organisation preiszugeben, die allein für die Hebung ihrer Lage wirkt und die ihnen in allen Wechselfällen des Lebens einen festen Rückhalt gewährt, mit Entrüstung abwiesen.

Inzwischen laufen sich aber einige Hannoverische Unternehmer die Füße wund, um die Ausgesperrten in ihren Wohnungen aufzusuchen und besonders durch die Beeinflussung der Frauen die auf's Pillaster geworfenen Kollegen in die Betriebe zurückzubekommen. Dabei wird den Kollegen versprochen, daß sie nach der Preisgabe der Organisation in eine Invalidenversicherungskasse aufgenommen werden sollen, für die der wöchentliche Beitrag 2,40 Mk. beträgt, wovon der Unternehmer die Hälfte übernehmen will. Die Invalidenrente soll ungefähr 400 Mark im Jahre betragen.

Aber die Unternehmer haben mit diesem Köder ebensowenig Glück wie mit dem Frankfurter Verein. Die Kollegen sagen sich mit Recht, daß sie für denselben Beitrag in ihrer Organisation auch Arbeitslosen-, Kranken- und viele andere Unterstützungen erhalten und daß vor allen Dingen gleichzeitig der vom Schutzverband angestrebten maßlosen Verschlechterung der Arbeiterlage durch den Verband wirksam entgegengearbeitet wird. Diese Wirksamkeit schätzen sie weit höher ein wie die schönste, vom Unternehmertum aus dem von den Arbeitern erzeugten Mehrwert subventionierte Invalidenversicherung, die sie außerdem doch sofort wieder aufgeben müssen, sobald sie arbeitslos werden, da ihnen dann die Wahrung ihrer Ansprüche durch die Fortzahlung des vollen Beitrags von 2,40 Mk. doch ganz und gar unmöglich ist!

Von der verzweifelten Lage, in die viele Unternehmer durch die Befolgung der Aussperrparole des Schutzverbandes geraten sind, legt ein Gesuch Zeugnis ab, das die Aussperrfirmen in Heilbronn an den dortigen Gewerbeschulrat richteten. Sie verlangen von letzterem, die Lehrlinge während der Aussperrung vom Schulbesuch zu befreien. Letztere sollen ihnen also behilflich sein, die drängenden Auftraggeber und Kunden wenigstens einigermaßen zufrieden zu stellen und die eiligsten Arbeiten zu erledigen. Der Gewerbeschulrat hat aber das Gesuch einstimmig abgelehnt! Wahrscheinlich sagte er sich mit Recht, daß die Firmen die Gehilfen nicht hätten auf die Straße werfen brauchen, wenn ihnen soviel daran liegt, die Kunden prompt zu bedienen und die Aufträge pünktlich fertigzustellen.

Ein anderer Steindruck-Unternehmer beklagt sich in der »Papier-Zeitung« bitter darüber, daß er von einem Kunden, für den er einen größeren Etikettenauftrag ausführen sollte, der infolge der Beteiligung des betreffenden Steindruckereibesitzers an der Bewegung liegen blieb, zur schnellsten Lieferung gedrängt werde. Die Hoffnung, daß die Lieferung »unter besonderer Rücksichtnahme auf die gegenwärtig herrschende Bewegung in unserm Fach« verschoben werden könne, wird ihm durch die Redaktion der »Papier Zeitung« vernichtet durch den Vermerk, daß sich die Lieferungsfrist nur dann um die Dauer des Streiks verlängern lasse, wenn die sogenannte Streikklausel in den Lieferungsvertrag aufgenommen sei.

Die Fälle zeigen, daß auch die Bitte um Nachsicht, die der Schutzverband an die »Herren Auftraggeber« richtete, nur ein schwaches Echo gefunden hat.

Was für Leute es sind, die sich dem Unternehmertum als Rausreißer zur Verfügung stellen, lehrt folgender Fall. Unser Bevollmächtigter in Dresden erhielt von einem dieser »nützlichen Elemente« ein Schreiben, das wie folgt lautet:

„Ich kann nicht umhin, Dich von Nachstehendem in Kenntnis zu setzen. Ich habe hin und her gedacht und mußte nach reiflicher Ueberlegung zu dem Entschluß kommen, daß ich in meiner jetzigen Lage unmöglich kann ohne Stellung sein. Meine geschiedene Frau hat bereits eine Lohnpfländung von ca. 80 Mk. an meine Firma ergehen lassen, ebenso liegt gleichzeitig eine Alimenten-Lohnpfländung (von einer hereingefallenen Liebsten! D. B.) von ca. 60 Mk. vor. Würde ich nun aus meiner Stellung herausgehen, so könnte mir wohl von meinem Lohn nichts weggenommen werden, aber gerade diese Sachen bleiben bekanntlich stehen, häufen sich vielmehr immer noch auf und würde

mich immer mehr ins Verderben stürzen. Selbst wenn ich mich wo anders um sofortige Stellung bemühte, würden sofort diese Pfändungen an meinen neuen Arbeitgeber gehen. Du siehst also, daß ich mich in einer ganz mißlichen Lage befinde und bitte daher herzlich mir meine Handlungen nicht übel andeuten zu wollen. Mit bestem kollegialischem Gruß Otto Löffler, Steindruckereier.«

Wie uns zu dieser Epistel geschrieben wird, hat der Briefschreiber bisher nie moralische Anwendungen bekommen, wenn es galt, sich seinen selbstverständlichen Unterhaltspflichten zu entziehen. Er hat nie Gewissenskrupel empfunden, wenn er gewissenlos und niederträchtig an Frau und Kindern handelte und sie in Hunger und Elend ließ. Er hat nie die Selbstverständlichkeit geübt, die Alimente gutwillig zu zahlen. Nur die schärfsten Pressionsmittel konnten ihn dazu bewegen. Gerade jetzt aber, wo er mit gekündigt war und mit ausgesperrt werden sollte, wird er »pflichtbewußt« und muß angeblich zur Bestreitung der Alimente arbeiten. Die Kollegen haben stets kein angenehmes Gefühl empfunden, mit Löffler bekannt zu sein; jetzt schämen sie sich, ihn Kollege und Verbandsmitglied genannt zu haben. Seinem Prinzipal Herrn Paul Bartels, der ihn zum Unfall verleitet hat, und den andern, die dabei geholfen haben, gönnen sie aber die Genußtuung wegen der Gewinnung dieses moralischen Mitarbeiters!

Die Jährische »Postkarte« quillt durch ein hilfloses Geschimpfe über die Abfuhr, die wir ihrem Herausgeber für seine eigenartige Schwärmerei für den »gewerblichen Frieden«, wie er ihn versteht, zuteil werden ließen.

Auf Grund seines ständigen Inhalts stellen wir in Nr. 44 der »Gr. Pr.« fest, daß sich das Jährische Blättchen die Herbeiführung des von ihm propagierten gewerblichen Friedens »weder durch Tarifverträge noch durch andere friedliche Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern, sondern einzig und allein durch die brutalste Unterdrückung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung denken kann. Jede Art Arbeiterorganisation muß zertümmert, jedes Ringen der Arbeiter nach einem menschenwürdigen Dasein muß im Keime erstickt werden — das ist der Kern der Elaborate, die der ehemalige Schullehrer und »Pädagoge« in seiner »Postkarte« verzapft.«

Diese Feststellungen, zu denen jeder aufmerksame Leser der Jährischen Scharfmachereien unbedingt kommen muß, haben die Aufregung, in der er sich das bewegliche Männlein dauernd befindet, um einige weitere Grade gesteigert. Zornembrannt schreibt es zu unseren Feststellungen:

„Wenn wir uns nichts anderes denken könnten als brutale Unterdrückung der Arbeiter, so müßten wir so einseitig veranlagt sein, wie die Gewerkschaftsredaktion. Wir haben unser Programm noch für uns. Sei die »Gr. Pr.« nur beruhigt. Keine anständige Organisation braucht zerrümmert, kein Ringen nach Dasein (!) braucht erstickt zu werden. Man braucht nur die schlimmsten Auswüchse zu beschneiden, dann entwickelt sich alles von selbst. Schutzverbände und Tarife drängen von selbst nach einer Entwicklung zum Frieden... Man braucht den Tarifen nur ständige Rechtsverbindlichkeit und den Schutzverbänden eine durchgreifende und zweckmäßige Organisation zu geben, so ist das Meiste gemacht.“

Da wäre also das Jährische Programm zur Herbeiführung des gewerblichen Friedens, das der gute Mann erst noch für sich behalten wollte: Pflege der »anständigen Organisationen« vom Schlage des Frankfurter Unterstützungsvereins, woraus sich der Kampf gegen die »unanständigen« Gewerkschaften von selbst ergibt; Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge, die von den durchgreifend und zweckmäßig organisierten Unternehmer-Schutzverbänden zu diktieren sind! Ja: wär' der Plan nicht so verflucht gescheit, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen! Der ganze Jährig, werden mit uns alle diejenigen sagen, die das — Vergnügen hatten, den genialen Vater dieses geistvollen Oedankens persönlich kennen zu lernen.

Daß der gute Mann bei dem Ausbrüten seines »Friedens«-planes natürlich belleibe nicht

an »brutale Unterdrückung der Arbeiter« gedacht hat, geht schon aus dem bereits in der vorigen Nummer der »Gr. Pr.« tiefer gebängten Leitartikel derselben Ausgabe seines Blättchens hervor, in der sein eben besprochenes neuestes Elaborat erschien. Darin tritt er beknüpflich für die Erhöhung der Arbeitszeit für Steindruckere, für die Vergrößerung der Lehrlingszahl, für die allgemeine Einführung der Akkordarbeit, für die Beseitigung der Feiertagsbezahlung für Akkordarbeiter und für ähnliche schöne Sachen ein. Gleichzeitig betonte er, daß erneute Verhandlungen mit den Vertretern der Gehilfenschaft nicht etwa wieder bei paritätischer Führung stattfinden dürfen, und daß es bei einer Einigung »natürlich ausgeschlossen« sei, »daß sämtliche Gehilfen wieder eingestellt werden müssen, selbst wenn z. B. genügend Arbeit vorhanden ist, sondern bleibt jedem Chef überlassen, zu bestimmen, da diesmal die Gehilfen selbst die Arbeit niedergelegt haben.«

Das ist natürlich für die 150 Firmen, die ihre Gehilfen aufs Pflaster warfen, eine bewußte Unwahrheit, aber darauf kommt es ja einem Blättchen vom Schlage der »Postkarte« ganz und gar nicht an. Im übrigen wird unsere Gegenüberstellung der Töne, die die Postkarte auf der einen Seite der Kriegstrompete und auf der andern der Friedensschalme entlockt, zur Vervollständigung des Charakterbildes des spaßigen pausbackigen gewertlichen »Friedensengels« beigetragen haben, der beide Instrumente mit der gleichen Meisterschaft zu blasen versteht.

Abfindungen der Invaliden und Witwen.

In einem seiner »Anklärungs«-Zirkulare schreibt der Schutzverband u. a.:

»Außerdem hat die Generalversammlung in Hamburg beschlossen, statt der Gewährung einer regelmäßigen Witwenrente die Abfindung der Witwen vorzusehen. Dadurch werden naturgemäß die Witwen ganz empfindlich geschädigt. Sie erhalten eine im Augenblick vielleicht wichtig erscheinende größere Summe, während die regelmäßige Auszahlung der Rente in den meisten Fällen die Abfindungssumme um das Vielfache übersteigt, die Witwe also ganz bedeutend geschädigt ist.«

Wie sieht es in Wirklichkeit mit den Abfindungen aus? Bis zur Hamburger Generalversammlung wurden des öfteren an den Hauptvorstand Anträge von Invaliden und Witwen gestellt, man möge ihnen doch durch Auszahlung einer größeren Geldsumme Gelegenheit geben, sich eine gesicherte Existenz zu gründen. Ja, Invaliden und Witwen hatten öfter Gelegenheit, ein Geschäft zu übernehmen, wozu aber das Geld fehlte; alle Bitten konnten unsererseits nicht erfüllt werden. Und deshalb — auf Drängen der Invaliden und Witwen — wurde dann der Beschluß in Hamburg gefaßt:

»Die Generalversammlung erteilt dem Hauptvorstand die Vollmacht, Invaliden und Witwen auf ihren Antrag hin abzufinden.«

Also nur auf ihren Antrag hin! Wir haben schon des öfteren den antragstellenden Invaliden und Witwen abgeredet, sich abfinden zu lassen, und zwar in Fällen, wo sie unserer Auffassung nach keinen Vorteil davon hatten.

Der Schutzverband und seine Getreuen fragen aber nicht nach der eintretenden Notlage, wenn sie Kollegen, nachdem sie im Betriebe alt und grau geworden sind, wegen »Arbeitsmangel« (?) auf die Straße werfen!

Nun ist aber die Entrüstung über die Abfindungen an sich völlig deplaziert. Die Allgemeine Buchdrucker-Unterstützungskasse mit dem Sitz in Leipzig ist gewiß keine »sozialdemokratische« Kasse. Denn sie nimmt als Mitglieder auf: Die Besitzer von Buchdruckereien und damit verbundenen graphischen Betriebszweigen, sowie alle Gehilfen und alle in solchen Betrieben tätigen Kontor- und Betriebsbeamte. Und sie wird natürlich ganz im Geiste der Prinzipale verwaltet. Sie hat dieselben Unterstützungsarten vorgesehen, wie wir sie haben, also auch Invalidenunterstützung, aber keine Witwenunterstützung. Die Invalidenunterstützung beträgt 1 Mark pro Tag. Und dabei hat sie auch die Abfindung an Invaliden vorgesehen in folgender statistischen Bestimmung: § 23 Absatz 3 lautet:

»Der Hauptvorstand kann auf Antrag eines dauernd invaliden Mitgliedes an Stelle der laufenden Unterstützung eine einmalige Abfindung gewähren, die sich nach dem Lebensalter und den Beitragsverhältnissen des betreffenden Mitgliedes richtet und zwar derart, daß die Abfindungssumme nach 15 jähriger Beitragszeit nicht mehr als 1500 Mk.
 „ 20 „ „ „ „ „ 2000 „
 „ 25 „ „ „ „ „ 2500 „
 betragen darf.«

Und man scheint hier ganz schön handeln zu können. Nach dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1910 ist auch ein Invalide abgefunden worden, der aber nur 900 Mark erhalten hat, während die geringste Staffei — siehe oben — 1500 Mark sein soll!

Bei den bei uns abgefundenen Witwen handelt es sich meist um ganz junge Witwen, kaum 30 Jahre alt, die infolge ihres Alters und ihrer Gesundheitsverhältnisse sehr wohl noch etwas beginnen können. Und sie sind bei den Abfindungen recht gut gefahren, wie uns die Berichte beweisen. Sie konnten ein gut gehendes Geschäft übernehmen, teils durch Kauf oder Kautions; es geht ihnen jetzt sehr gut und sie brauchen sich jetzt nicht mehr so zu quälen, wie vorher, wo sie arbeiten gehen mußten, als Aniegerinnen in Druckereien u. s. w.

Da also niemandem die Abfindung aufgedrängt wird, kann uns gewiß kein Vorwurf treffen, wenn wir auf gestellte Anträge diese Bitten erfüllen. Der Schutzverband sollte deshalb über diese Sache lieber schweigen und sich nicht noch weiteren Blamagen aussetzen.

P. L.

Fort mit der Lehrlingszücherei!

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit verschärft sich immer mehr. Die neueren Kämpfe werden vom Unternehmertum mit solcher Brutalität geführt, daß wir Arbeiter gezwungen sind, das Waffen-Arsenal unserer Gegner einer Musterung zu unterwerfen. Dabei finden wir unter anderen eine besonders scharfe, von der Arbeiterklasse selbst geschmiedete und dem Unternehmertum freiwillig zur Verfügung gestellte Waffe: Die Lehrlingszucht und -ausbeutung. Da diese Waffe mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen die kämpfende Arbeiterklasse angewendet wird, so lohnt es sich, sie näher zu betrachten.

In früheren Jahren waren die gelehrten Handwerker eine bevorzugte und besser bezahlte Arbeiterkategorie, so daß sie für ihre 4- bis 5jährige Lehrzeit eine gewisse Entschädigung fanden. Wenn auch die Handwerksmeister die Ausbildung neuer Kräfte hauptsächlich deshalb besorgten, um sich selbst schneller emporzuarbeiten, so muß doch zugegeben werden, daß diese Ausbildung, abgesehen von wenigen Ausnahmen, gewissenhaft betrieben wurde. Die im Entstehen begriffenen Großbetriebe haben sich anfangs weniger mit der Ausbildung von Lehrlingen ab. Angesichts der Teilarbeit, die sich in ihnen entwickelte, war auch eine gewissenhafte Ausbildung nicht mehr durchzuführen.

Je mehr sich nun das Kapital konzentriert, um so gewissenloser wird die Klasse der Enterbten ausgebeutet. Kein Ausbeutungsobjekt ist zu gering, um nicht ausgenützt zu werden. In neuerer Zeit ist daher die Lehrlingszücherei auch in den Großbetrieben außerordentlich beliebt. Kein Gesetz hindert diese daran. Diese Lehrlingszücherei dient aber nicht der Heranbildung tüchtiger Facharbeiter, was ja auch bei der differenzierten Arbeitsteilung kaum noch möglich ist, sondern sie wird benutzt, um den Lohn der sonst notwendigen Hilfsarbeiter zu sparen, um willige und billige Arbeitskräfte zu erhalten. Das Unternehmertum weiß ganz gut, daß sich bei den heutigen Produktionsmethoden eine längere Lehrzeit nicht mehr rechtfertigen läßt; aber es spekuliert auf den Erbgut der Arbeiter, indem es voraussetzt, daß ein Arbeiter dem Berufswege treu bleibt, in welchem er eine Lehrzeit absolvierte, obwohl er in diesem gelehrten Beruf oft noch schlechter entlohnt wird wie als ungelerner Arbeiter.

Wir Arbeiter sind es aber, die dem Unternehmertum dieses Ausbeutungsmaterial liefern, indem wir ihm unsere Kinder als Lehrlinge überlassen. Wir sind es, die dem Unternehmertum kontraktlich gebundene Streikbrecher liefern. Wehe dem Vater, der es wagen sollte, seinen Sohn aus der Lehrstelle zu nehmen, weil die dort beschäftigten Arbeiter ausgesperrt sind! Wir sind es aber auch, die dazu beitragen helfen, daß das Heer der Arbeitslosen in den gelehrten Berufsgruppen immer größer wird und daß durch das Ueberangebot von Arbeitskräften in diesen Berufen die Löhne immer mehr herabgedrückt und die gesamte Berufsfrage immer mehr verschlechtert wird. Bei Kämpfen zur Abwehr von Verschlechterungen unserer Lebensbedingungen findet das Unternehmertum aus dem Heer dieser Arbeitslosen immer eine gewisse Zahl von Arbeitern, die durch Not und Elend dazu getrieben werden, ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken zu fallen und dadurch diese und sich selbst in eine noch ungünstigere Lage zu bringen.

Wenn wir die Statistik zur Hand nehmen, so sehen wir, daß die Löhne unserer Berufskollegen oft niedriger sind, als die Löhne in vielen Kategorien ungelerner Arbeiter. Ist der Dünkel, als gelernter Arbeiter zu gelten, wirklich so viel wert, daß wir auch unsere Kinder als besonders billige Ausbeutungsobjekte dem Unternehmertum überlassen müssen? — Weiter sagt uns die Statistik, daß das Durchschnittsalter in unserem Berufsstand nur 35 Jahre beträgt. Rechtfertigt es sich angesichts dieser Tatsache, daß vier Jahre dieses kurzen Lebens verwendet wurden zur Erlernung eines Berufs, der derartige wenig aussichtsreiche Perspektiven eröffnet? Außerdem erzählt uns die Statistik auch, daß der größte Teil unserer Berufskollegen an der Tuberkulose zugrunde geht!

Aehnlich wie in unserem Beruf liegen die Verhältnisse schließlich auch in anderen gelehrten Berufen. Es ist daher unbedingt notwendig, die Arbeiterklasse dahin aufzuklären, ihre Kinder nicht erst mehrere Jahre ihres Lebens mit der Erlernung eines bestimmten Berufsweiges zu belasten, der ihnen schließlich später doch kein gesichertes oder gar besseres Fortkommen bietet, als wenn sie von vornherein Arbeit als ungelernete Arbeiter angenommen hätten. Die Arbeitskraft besonders begabter Arbeiter wird trotzdem auch dann noch eine gesuchte und begehrte Ware bleiben. Um dem Unternehmertum die Waffe Lehrlingszucht und Lehrlingsausbeutung aus der Hand zu ringen, wird es notwendig sein, daß alle Oerwerkschaften zweckdienliches Material zusammentragen, das zur Aufklärung der Arbeiterkinder benutzt werden kann. Eine Denkschrift, in großen Massen verbreitet, würde jedenfalls ihre Wirkung nicht verfehlen. Ich möchte die Rabeneltern sehen, die dann noch den Mut haben, ihre Kinder einer aussichtslosen und der Arbeiterklasse schädlichen Sache zu opfern.

H. K.

Ortsberichte.

Forbach. Am 21. Oktober hielt unsre Mitgliedschaft eine Versammlung ab, in der der Gauleiter Kollege Wüster-Karlsruhe ausführlich über die gegenwärtige Bewegung im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe berichtete. Eingehend schilderte er die bereits getroffenen Maßnahmen und gab der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen möge, die berechtigten Forderungen der im Kampfe stehenden Kollegen durchzusetzen. Die Versammlung zollte dem Redner lebhaften Beifall und erklärte den kämpfenden Kollegen ihre volle Sympathie.

Kattowitz. In der am 22. Oktober abgehaltenen Wanderversammlung der Zahlstelle Kattowitz wurde unter anderem der Stand unserer Bewegung vom Vorsitzenden eingehend beleuchtet und folgende Resolution von allen Anwesenden begeistert angenommen: »Die heutige Mitgliederversammlung der Zahlstelle Kattowitz spricht allen ausständigen und ausgesperrten Kollegen volle Sympathie aus und gelobt, mit allen Mitteln die Kämpfenden zu unterstützen. Dagegen wird erwartet, daß alles daran gesetzt wird, die Arbeitszeit für Steindruckere von 8½ Stunden durchzuführen.«



Teufür die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Ein neues Illustrationsverfahren.

Es brodeln ganz unheimlich im Kessel der Erfindungen für Zeitungsimstrationsverfahren. Eine Erfindung jagt die andere. Nach Dr. Mertens, Tiefdruck- und Fabers Hochdruckverfahren wird jetzt die graphische Welt durch eine neue Erfindung in Erstaunen versetzt, die sich etwas lang *Universal-Offset-Schön- und Wider-Illustrationsdruck in allen Manieren der Graphik* nennt.

Erfinder ist der Amerikaner Kaspar Herrmann, Ausübende die Walzenfabrik von Felix Böttcher, Leipzig; die Maschinen stellt die Vogtdänische Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft in Plauen her.

Das Verfahren beruht darauf, daß die Illustrationen durch Flachdruck in einer Offset-Pressen vorgedruckt werden, während dann das Rollenpapier zum Schriftendruck in die Zeitungs-Rotationsmaschine gleich weiter läuft. Aus dem Prospekt geht hervor, daß die Offset-Pressen vor der Zeitungsrotationsmaschine gestellt werden kann; es ist aber auch möglich, einen entsprechenden Apparat zum Bilderdruck in neue Rotationen einzubauen. Ferner soll der Druck der Bilder und Schriften zu gleicher Zeit von der Zinkplatte in der Offset-Pressen vor sich gehen können.

Soweit die Illustrationen in betracht kommen, sind die Resultate relativ großartig zu nennen. Die verschiedenen Sujets sind in Auto-Raster, 150 Linien, und Gravur-Lithographie hergestellt. Alle andern graphischen Verfahren sollen jedoch ebenfalls verwendet werden können. Tiefen, Mitteltöne, Lichte, Linien und Verläufe wirken weich, klar und scharf. Der Raster tritt auf dem rauhen Papier weniger störend hervor. Im allgemeinen würden also die Erwartungen, die sich in technischer Hinsicht an das Mertensverfahren knüpfen, ihrem Ziele einen Schritt näher gebracht sein.

Uns drängt sich aber als Arbeitern der graphischen Berufe die Frage auf: welche Aussichten eröffnen sich für uns, hauptsächlich in der Reproduktionstechnik, wenn sich das neue Verfahren so zuverlässig und rentabel erweist, daß ihm eine größere Ausbreitung sicher ist?

Da sind in der Beschreibung folgende Sätze von Bedeutung: Auf einfache Weise kann sich jeder Zeitungsdrucker seine Platten selbst herstellen, was in aller kürzester Zeit möglich ist. Die Zinkdruckplatten werden in den Zylinder ohne jede Zurichtung eingespant und das Drucken beginnt. Ich will mir kein Urteil darüber erlauben, ob dem Zeitungsdrucker vor dem Ingangsetzen der Maschine noch Zeit bleibt zum Herstellen und Einrichten der Platten

für die Illustrationen. Erfahrungsgemäß drängen sich diese Arbeiten auch bei periodisch erscheinenden Zeitschriften auf die letzten Stunden zusammen. Aber angenommen, die Sache wäre wirklich nicht so einfach, für die Anfertigung der Druckplatten käme der größte Teil der Chemigraden doch nicht mehr in Frage. Obwohl also, die Verwendbarkeit natürlicherweise immer vorausgesetzt, das Flachdruckverfahren neue Möglichkeiten zur Illustration von Zeitungen, später jedenfalls auch von Werken, erschließt, würde sich die Arbeitsgelegenheit der Chemigraden verringern. Denn die Existenz eines nicht geringen Teiles der chemigraden Anstalten ist von den Aufträgen der Zeitungen abhängig und eine ganze Anzahl von Kollegen ist in Zeitungsbetrieben tätig. Retuscheure und Reproduktionsphotographen wären zwar nach wie vor unbedingt nötig. Die Anforderungen an sie würden sich schließlich sogar noch steigern, da sich die Flachdruckplatten nicht so bearbeiten lassen wie Hochdruckplatten. Dagegen würden Auto- und Strichhitzer, Nachschneider, Andrucker, Fräser und Monteure die Benachteiligten sein. Die Behandlung der Druckplatten könnte höchstens den Steindruckern zufallen, die sich außerdem auch für den Druck durch ihre Kenntnis der Drucktechnik besonders gut qualifizieren.

Die letzte Tarifamtsstatistik umfaßt 2220 in der Chemigraphie beschäftigte Kollegen. Davon sind 850 Photographen, Retuscheure und Farbtärer. Die letzteren würden bei dem heutigen Stande der Photographie von der Ausbreitung des Verfahrens direkt zunächst kaum berührt werden. Die bereits oben angeführten Sparten stellen aber mit 1370 Angehörigen das Hauptkontingent des Chemigradenberufes. Die Ausschaltung auch nur eines Teiles dieser Kollegen aus der Produktion würde eine vollständige Aenderung, besonders der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, herbeiführen. Um so eher, als zur Zeit keine Möglichkeit besteht, daß die überflüssig werdenden Arbeitskräfte in einem verwandten Berufe Unterkommen finden könnten.

Allzuthube brauchen wir uns die nächste Zukunft jedoch noch nicht auszumalen. Denn einmal klingen die erwähnten Ausführungen über die Plattenherstellung und -verwendung etwas sehr optimistisch. Beim Mertensverfahren sowie in fast jedem Prospekt über eine neue Aetzmaschine etc. finden wir ähnliche Angaben, vor allem den Hinweis, daß ungerlebte Arbeiter nach kurzer Lernzeit verwendet werden können. Im Mertensdruck sowohl als auch bei den Aetzmaschinen haben aber bis heute noch gelernte Arbeiter mit oft unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Resultate beweisen es. Auch hier dürfte das zu beachten sein. Weiter spielen die hohen Anschaffungskosten der Maschine eine nicht zu unterschätzende Rolle, und nur größere Druckereien werden zunächst das Verfahren einführen können. Allerdings soll nicht übersehen werden, daß der Wegfall der Klischeekosten die Amortisation der Ausgabe für die Maschinen wesentlich erleichtert.

Wir können hier eventuell an den eignen Verhältnissen ein Beispiel erleben, wie technischer Fortschritt eine wirkliche Kulturarbeit bedeuten würde, wenn der Nutzen der Allgemeinheit zugute käme. Statt dessen sind zu erwarten Not und Existenzsorgen einer in diesem Falle zwar verhältnismäßig nur kleinen Arbeitergruppe. Nebenher geht natürlich die Verdrängung der Kleinbetriebe und die Stärkung der Großbetriebe.
gdt.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Chemigr.). Die am 20. Oktober abgehaltene Versammlung der Chemigraden Leipzigs befaßte sich mit der Bewegung der Lithographen und Steindruckere. Zusammenfassend verdrichteten sich die Ausführungen zu der Frage: Was ist Streikarbeit? Wenn auch durch Tarifausscheid von 1906 zur Beurteilung dieser Frage gewisse Richtlinien gegeben wurden, so sind doch durch die kombinierten Verfahren neue Streitfälle entstanden. Eine Schiedsgerichtssitzung, in der entschieden werden sollte, ob »Steinauto« Streikarbeit sei, verlief ergebnislos, indem die Klage mit Stimmgleichheit abgewiesen wurde. Die Versammlung machte sich den Standpunkt der betroffenen Kollegen zu eigen und beschloß, daß Arbeiten für Steinauto und alle Verfahren, deren Endprozeß der lithographische Flachdruck ist, für die Dauer der Bewegung zu verweigern sind. Da sich die Gehilfen bei ihrer Ansicht auf verschiedene Entschiede der tariflichen Instanzen stützen, die Prinzipale jedoch gegenentlicher Meinung sind, mußte nach Versagen des Schiedsgerichts das Tarifamt eingreifen. Nach den Mitteilungen in der Versammlung müßte es von drei Seiten um einen Entscheid angegangen worden sein; trotzdem hat es aber zu dieser Sache noch nicht Stellung genommen. Das wurde allgemein bedauert und eine einstimmig gefaßte Resolution dem Kreisvertreter zur Übermittlung übergeben, worin um Klärung der Frage ersucht wird. Eine schnelle Klärung ist zur Vermeidung weiterer Konflikte unbedingt notwendig. Jetzt halten sich die Gehilfen für berechtigt, die angeführten Arbeiten als nicht unter den Tarif fallend zu verweigern; sie werden sich in ihrer oft bewiesenen Tariftreue dem Entschiede des Tarifamts fügen. Scharf kritisiert wurde das Verhalten der klagenden Firma, die vor Zusammentritt des Schiedsgerichtes vier Klärungen aussprach und so dem Schiedspruch vor-

griff. Nach Erledigung des Geschäftlichen und der Ablehnung von zwei Gesuchen um Wiederaufnahme in den Verband fand die gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.
Zentralnachweh: **Wilhelm Hählein, Berlin N. 28.**
Anklamstr. 27, 1. — Telefon-Amt III. 5246.

Auch-Kollegen!

Nachstehenden Artikel entnehmen wir der Wiener Photographischen Presse, doch paßt er auch auf unsere Verhältnisse. Überigens sei er auch nicht nur den Photographen, sondern den Angehörigen aller Branchen zur Beachtung empfohlen.

Die Redaktion.

Ueber die Teilnahmslosen und Gleichgültigen in unserem Stande bei Wahrung und energischer Vertretung ihrer Interessen wird mit Recht geklagt. Diese Erscheinung ist keine neue und würde schon von uns mit allen Mitteln, in Wort und Schrift, bekämpft, der Erfolg war stets ein schwacher. Man mag sich noch soviel Mühe geben, sie für ihre Klassenlage zu interessieren, so erreicht man nur nichtssagende Redewendungen, mit welchen sie ihre Teilnahmslosigkeit am öffentlichen Leben beschönigen. Man weiß es aus unseren Versammlungen, wie verständnisvolles Nicken bei besonders scharfpunktierter Redewendungen von ihnen zu erwarten ist; aber geht man zur Tat über und fordert zum Beitritt in die Organisation auf, da verändert sich zusehends die zur Schau getragene Miene der Begeisterung, das Gesicht wird merklich länger und nun kommen Ausreden, die zeigen, daß es noch vieler Arbeit bedarf, um endlich in diesen Schädel einzudringen.

Eine der beliebtesten Ausreden dieser Denk- und Talfaulen ist, daß wohl alles richtig sei, was man da sagte, und käme es einmal zu einer Entscheidung, so würde er schon seinen Mann stellen, aber so habe es doch keinen Zweck. Ja, wenn alle in der Organisation wären, ja dann! Klärt man ihn auf, daß doch der Anfang gemacht werden muß, um durch zielsichere Agitation dieses »Alle« zu erreichen, so wird man zumeist als Antwort bekommen, jetzt geht es nicht, aber später totischer. — Es scheint eben vielen Kollegen als ein idealer Zustand, so recht gedankenlos in den Tag hineinzulieben.

Es gibt noch eine Anzahl von »Auch-Kollegen«, die schwer oder fast gar nicht für den Gedanken der Organisation zu gewinnen sind, das sind die noch heute existierenden »Gottesobersten«. Was brauche ich den Verein, selbst ist der Mann. Seine Sache kann man selbst vertreten — so oder ähnlich vertritt er seine Indolenz den Organisierten gegenüber. Hinter diesen in Talmiheldemose vorgetragenen Worten steckt zumeist krasser Egoismus oder die nackte Feigheit. Zumeist haben diese Ritter ohnedem Angst, daß ihr Arbeitgeber davon hört, daß sie sich ebenfalls in den Reihen der Organisierten befinden, und das würde ihr weiteres Schließen doch nur beeinträchtigen.

Andere wieder erzählen, daß sie das Geld den Beitrag für die Organisation, doch ersparen können, und nun folgt eine wunderschöne Rechnung, wie viel sie sich in einem, zehn und wohl noch mehreren Jahren ersparen und zinsessicher in die Sparkasse legen. Wie herrlich sich dies anhört! Ihr Toren! baut keine Kartenhäuser! Eure Organisation ist die beste Sparkasse. Sie übernimmt die Sorge für eure Zukunft, nur sie kann bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse im Gewerbe herbeiführen.

Dann sind welche vorhanden, die im Brustton tiefinnerster Überzeugung sagen, die Organisation sei viel zu wenig revolutionär, zu wenig energisch und leiste überhaupt nichts. Diese Übermenschen sind meistens nur der Lächerlichkeit preisgegeben, bei denen ist und bleibt die Devise: »Goschen hoch!«

Es gibt wohl noch eine ganze Reihe solcher »Auch-Kollegen« zu schildern, insbesondere jene, welche nur auf Gastrollen im Vereine erscheinen, und haben sie ihren Zweck erreicht, Unterstützungen, Posten usw., solange unsichtbar bleiben, bis sie wieder die Not zum Erscheinen zwingt und alle heiligen Eide schwören läßt, sie bleiben Mitglied bis zum Lebensende, nur helfen, helfen. Deshalb die Richtschnur der Organisation: den Unorganisierten keinen Heller, keinen Rat.

Wie ist nun den kurz angeführten bedauerlichen Erscheinungen entgegenzuarbeiten? Die Wege hierzu sind wohl mühsam und dornenvoll, aber wir dürfen diese nicht scheuen, um energisch dem Indifferenismus auf den Leib zu rücken. Das geschieht, wenn wir trachten, diese Auch-Kollegen zu verringern, zu isolieren, d. h. durch fortwährendes Antiklären diese Schar auf eine äußerst geringe Zahl zu beschränken, und jene dann sich selbst überlassen. — Es genügt ja nur der Hinweis auf die Unternehmer, die Arbeitgeber. Sie schließen sich zusammen zu mächtigen Organisationen, um ihre Interessen wirksam vertreten zu können. Wenn schon die Kapitalskräftigen die Organisation als eine Notwendigkeit ansehen, um wie viel mehr müssen es die Arbeiter tun, die wirtschaftlich Schwächeren. Die sogenannte »Gutgesinntheit« hat noch niemandem eine Lebensstellung verschafft.

Unsere Organisation ist eine eiserne Notwendigkeit, nur sie kann uns auf Wege der wirtschaftlichen Besserstellung führen, nur in ihr ist auch der Schwache mächtig, und wer die Macht auf seiner Seite weiß, der braucht um sein Fortkommen nicht besorgt sein. Was uns Organisierten zur Wahrheitslehre geworden ist, das gilt auch für die anderen. Rasten wir nicht, nützen wir jedes Besammensein mit Nichtorganisierten zur nimmermüden Agitation aus und der erzielte Erfolg wird nicht nur dem Einzelnen, sondern allen in der Branche Stehenden zugute kommen. Auf zur Tat! Weg mit den »Auch-Kollegen«.
vic.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachsstuch-, Zeug- und Seidendrucker.

Arbeitsnachwehfürer: **C. Schubart, Berlin-Lichtenberg Rittergustr. 24.**

Die Verhältnisse in unserem Beruf.

In mehreren Veröffentlichungen wurde schon darauf hingewiesen, daß Vorbereitungen getroffen werden müßten, um bei den im nächsten Jahre stattfindenden Verhandlungen mit den Unternehmern über eine Revision unserer Vereinbarungen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Dabei wurde neben einer Erhöhung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit hauptsächlich an die Regelung der Lehrlingsfrage und der Frage der Heimarbeit gedacht. Wenn wir uns jedoch verschiedene Formstecherien betrachten, so werden wir in vielen Fällen Verhältnisse vorfinden, die allen sanitären und hygienischen Bestrebungen und Forderungen Hohn sprechen, sodaß grade in dieser Hinsicht eine durchgreifende Verbesserung dringend notwendig erscheint. Manchem Kollegen wird in derartigen Anstalten die Lust zu einem länger dauernden Arbeitsverhältnis infolge dieser Zustände direkt verleidet.

Nun ist es richtig, daß in vielen solcher Anstalten die hygienischen Mängel und sanitären Mißstände längst beseitigt worden wären, wenn die Kollegen selbst weniger teilnahmslos sein und ihre Interessen entschiedener wahrnehmen würden. Viele Kollegen beteiligen sich leider an nichts, was zur Förderung ihres beruflichen Wohles unternommen wird. Unser Organ wird zu wenig aufmerksam gelesen, die Versammlungen werden ungenügend besucht. Wenn sich aber jeder Kollege über seine Lage klar werden und die Frage vorlegen wollte, wie diese Lage zu heben ist, dann müßte es auf diesem Gebiete anders und besser aussehen, denn die Antwort auf diese Frage kann nur sein, daß die straffe Organisation und die rege Mitarbeit und Anteilnahme jedes Einzelnen an dem gewerkschaftlichen Leben die Vorbedingung für eine erfolgreiche Arbeit zur Hebung der Lage bildet. Haben wir in den einzelnen Filialen neben einem straffen Zusammenschluß auch die regste persönliche Beteiligung aller Kollegen am Verbandsleben erreicht, dann müssen unsere Wünsche und Forderungen ohne weiteres verwirklicht werden.

Die ungünstigen sanitären und hygienischen Verhältnisse in vielen Betrieben tragen zweifellos auch mit dazu bei, daß die Gesamtlage des Berufs leidet. Denn mancher Kollege sieht sich infolge der hygienischen Mängel und sanitären Mißstände gezwungen, eine Stellung in derartigen ungesunden Betrieben wieder aufzugeben, auch wenn er schließlich einen annehmbaren Lohn erhielt, und dafür lieber eine weniger gut entlohnte Stellung in einem Betriebe anzunehmen, wo seine Gesundheit weniger gefährdet ist. Daß dadurch das Lohnniveau gedrückt wird, liegt klar auf der Hand.

In vielen Fällen wird sich eine Besserung in sanitärer Beziehung schon durchführen lassen, wenn es die Kollegenschaft der in Frage kommenden Betriebe entschieden verlangt. Kommt der Unternehmer den Wünschen nach einem besseren Schutz der Gesundheit der Arbeiter nicht entgegen, dann müssen die gesundheitsschädlichen Zustände in seinem Betriebe an den Pranger gestellt werden. In den einzelnen Filialen wird genügend Material in dieser Richtung vorhanden sein. Es muß ausgenutzt und der Öffentlichkeit unterbreitet werden, wenn auf andere Weise eine Besserung nicht zu erreichen ist.

Daß man bei jeder Gelegenheit die Zentralkommission als Prüfungsorgan betrachtet und von ihr eine regere Wirksamkeit verlangt, während die Kollegen vieler Filialen selbst den Schlaf der Gerechten zu schlafen scheinen, halte ich für unangebracht. Dagegen stimme ich der Anregung zu, daß die Zentralkommission wenigstens monatlich einmal Situationsberichte über die Ereignisse in der Tapetenbranche veröffentlichen möchte. Eine wirksame Arbeit für die Hebung unser Lage wird aber nur möglich sein, wenn die gesamte Kollegenschaft daran regen Anteil nimmt und die gewählten Interessenvertreter der Gehilfenschaft tatkräftig unterstützen.
—e.

Aus den Sektionen.

Leipzig. Am 14. Oktober fand unsere regelmäßige Versammlung statt. Zuerst berichtete der Vorsitzende über den Stand der Bewegung der Lithographen und Steindruckern am Orte. Sodann kam die Resolution aus Bramsche betreffs der immer mehr grassierenden Helmarbeit zur Sprache. Die Kollegen vertraten die Meinung, daß der Hauptvorstand möglichst versuchen solle, beim Vorstand des Unternehmervereins in dieser Beziehung Abhilfe zu verlangen, da doch beim Abschluß des Vertrages in Hannover beiderseitig versprochen wurde, dem Uebel zu steuern. Im übrigen solle man aber auch hierüber Material sammeln und bei späteren Verhandlungen den Unternehmern zeigen, daß beim Vertragsschließen gewissenhafter verfahren werden muß.

Feuilleton.

Heil Senefelder!

(Mel: Ihr mögt den Rhein, den stolzen preisen...)

Den Kollegen z. Senefelderfeier gewidmet.

Wenn die Novemberstürme wehen,
Dann sind wir jährlich froh vereint,
Ein Fest gemeinsam zu begehen,
Das die Kollegen stets geeint. —
Dies Fest gebührt dem großen Mann,
Der einstmal uns're Kunst ersann.
:: Zu ihrem Schutz sind wir die Wehr,
Heil Senefelder, Dir zu Ehr! ::

Indem wir Dein Vermächtnis schützen
Vor Ausbeutung im Sklavensold,
Der Allgemeinheit nur zu nützen,
So wirken wir, wie Du's gewollt.
Wir trachten nicht nach höh'rer Gunst.
Als freie Jünger Deiner Kunst.
:: Zu ihrem Schutz sind wir die Wehr,
Heil Senefelder, Dir zu Ehr! ::

Die Früchte wollen wir erwerben,
Die Dir die Mitwelt einst versagt.
Wir fordern sie als Deine Erben,
Bis unser Freiheitsmorgen tagt. —
So dienet Deiner Jünger Schar
Der Kunst, die Deine Schöpfung war.
:: Zu ihrem Schutz sind wir die Wehr,
Heil Senefelder, Dir zu Ehr! ::

Und wenn Novemberstürme toben
Um unser Recht im deutschen Land,
Dann wollen wir erneut geloben,
Vereint zu stehen im Verband.
So bilden wir die treue Wacht
Der Kunst, die Du an's Licht gebracht.
:: Zu ihrem Schutz sind wir die Wehr,
Heil Senefelder, Dir zu Ehr! ::

A. Or.

Nordland.

Am Kurfürstendamm in Berlin ist bis Ende dieses Jahres eine interessante Ausstellung zu sehen. Sie führt uns in das Land der Mitternachtsonne, in die arktische Zone unserer Erde, ins Nordland. Sie macht es uns möglich, Bewohner der Arktis persönlich kennen zu lernen, sie in ihren Sitten und Gebräuchen, bei Arbeit, Sport und Spiel zu beobachten.

Nordlandmenschen aus drei Weltteilen haben in der Ausstellung ihre Hütten erbaut. Europa ist — neben der schwedischen Abteilung — durch eine Lappenniederlassung vertreten. Asien wird repräsentiert durch ein Samojedendorf. Aus Amerika erblicken wir eine Niederlassung grönländischer Eskimos.

Allen ist eins gemeinsam: das Nomadentum. Mutter Erde kargt im Nordland mit ihrem Schätzen.

Jagd, Fischfang und Renttierzucht sind für den Nordlandmenschen fast die einzigen Möglichkeiten, sein Leben zu fristen. Haben die Herden einer Familie oder Horde in einem Distrikt das Renttiermoos abgeweidet und ist die Jagd erschöpft, dann müssen andere jagd- und Weidegründe aufgesucht werden. Dieser Notwendigkeit ist das ganze Leben der Nordlandmenschen aller drei Weltteile angepaßt.

In der Lappenniederlassung sehen wir ein Dutzend primitiver, zeltartiger Hütten. Eine Reihe dünner Pfähle pyramidenförmig zusammengestellt und mit großen Stoffmatten umhängt, an der Spitze offen für den Luftwechsel und den Rauchabzug, am Eingang verhängt durch eine lose meterbreite Matte, die von der Spitze herabhängt und leicht zur Seite geschoben werden kann — so sieht das »Wohnhaus« einer Lappenfamilie aus. Es kann in wenigen Minuten abgebrochen, auf die trogartigen von schnellen Renttieren gezogenen Schlitzen verladen und nach anderen Weideplätzen befördert werden. wo es ebenso schnell, wie es abgerissen wurde, wieder aufgebaut werden kann. Dieser schnelle Wechsel des Wohnplatzes wird auch durch die übrigen Habseligkeiten einer Lappenfamilie nicht behindert. Die wenigen Schüsseln und sonstigen meist selbstgefertigten Gerätschaften aus Holz oder Horn wiegen nicht viel und beanspruchen wenig Raum. Auf alles, was für den Kulturmenschen das Leben erst lebenswert macht, muß der Lappe verzichten. So führen die Bewohner des nördlichsten Europas ihren Kampf ums Dasein, so ringen sie der kargen Nordlandsnatur den Lebensunterhalt ab.

Aehnlich ist es bei den asiatischen Samojedern. In ihrem »Dorf« sehen wir einige Sommerzelte, mit Birkenrinde umkleidet, und mehrere Winterhütten, bei denen Renttierfelle zur Umkleidung dienen. Sie gleichen in der Form den Hütten der Lappen. Auch hier sind alle Habseligkeiten der leichten Transportfähigkeit angepaßt.

Hochinteressant ist die Niederlassung der grönländischen Eskimos. Wie bei den Samojedern sehen wir auch hier neben dem Sommerzelt eine Winterhütte, die aber nicht aus Stangen und Fellen, sondern aus Eisblöcken erbaut ist. Diese sind in Form einer hohlen Halbkugel zusammengefügt. In das Innere führt eine etwa meterhohe Oeffnung. Da sonst keine Lüftlöcher vorhanden sind, dürfte der Aufenthalt in einer solchen Eisblütte für die Nasen von Kulturmenschen kaum möglich sein. Dafür soll sich aber in diesen Hütten eine beträchtliche Wärme entwickeln, die es ihren Bewohnern ermöglicht, den schweren arktischen Winter gut zu überwinden.

Auch in die Fauna des Nordlands gewährt die Ausstellung einen Einblick. In der Umgebung der Eskimoneiederlassung erblicken wir Moschusochsen, Sattelrobber, Seehunde, Vielfraße, Eisfische usw. Die Lappen und die Samojedern besitzen zahlreiche gezähmte Rentiere, die von den Samojedern nicht nur als Zug-, sondern auch als Reittiere benutzt werden. Ferner sind Polarhunde, Eisbären, Zwergponnys von den Schettlandinseln und zahlreiche Vertreter der arktischen Vogelwelt in der Ausstellung zu sehen.

Den Kunstgewerblern wird hauptsächlich die gewerbliche Betätigung der Bewohner des Nordlands interessieren. Farberfinder verraten die Stoffkleider der Lappen und besonders die prächtigen Pelzanzüge der Samojedern. Einen hervorragenden Schönheitssinn offenbaren uns die prächtigen Elfenbeinschnitzereien der Eskimos. Auch die Lappen stellen ihre Gebrauchsgegenstände, ihre Holztöpfe, Hornlöffel, Messerscheiden usw. mit allerliebst hübschen, geschmackvollen Ornamenten aus, die sie mit ihren primitiven Werkzeugen sehr gut zu schnitzen und zu gravieren verstehen. Zahlreiche Erzeugnisse des Gewerbefleißes der Bewohner des Nordlands aller drei Weltteile, die ihren Sinn für Schmuck, Farbe und Schönheit und damit ihren Drang nach höheren Lebensformen offenbaren, sind in der großen Eingangshalle ausgestellt.

Am meisten wird sich der Besucher aber schließlich für die treuerzigen, einfachen Nordlandmenschen selbst interessieren, die er in der großen Vorführungshalle beim Kajaktreiben, auf ihren Schlittenschuhen, beim Schneeschuhlaufen, beim Zeltbau, bei ihren Schnitz- und sonstigen Arbeiten und in ihrem ganzen Leben und Treiben beobachten kann. Ein Besuch der Ausstellung ist also außerordentlich lohnend, weil der Bildungsausschuß unserer Berliner Kollegen auch eine Führung durch die Ausstellung veranstalten wird. Möchte sie zahlreiche Teilnehmer finden.

Vom Büchertisch.

Das Stellenvermittlergesetz und die gastwirtschaftlichen Angestellten. Verlag: Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Berlin N. 24. 91 Seiten klein 8°. Preis 30 Pfg.

Das Werkchen erläutert in kurzen Zügen das im Oktober 1910 in Kraft getretene Gesetz und bespricht dann an Hand reichlichen Materials seine Unzulänglichkeit. Gleichzeitig werden die Gehaltsätze aus zirka 170 Stätten angeführt. Die großen Unterschiede in der Höhe der Taxen beweisen, daß eine reichgesetzliche Festsetzung unbedingt notwendig ist. Das Gesetz soll ja nach dem Willen des Gesetzgebers nur eine Übergangszeit regeln, denn mit der Ausbreitung der gemeinnützigen öffentlichen Nachweise müssen die privaten Vermittler verschwinden.

Arbeitsordnung im Gastwirtsberwerb. Entwurf einer Arbeitsordnung für gastwirtschaftliche Betriebe nebst Erläuterungen. Verlag: Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Berlin N. 24. 20 Seiten klein 8°. Preis 10 Pfg.

Die praktische Vorausbestimmung des Geschlechts beim Menschen. Von Dr. med. Otto Schöner, Rottach am Tegernsee. 2. Auflage. Medizinischer Verlag: Schweizer & Co., Berlin NW. E. yke von Repkowitz 5. 170 Seiten 8°. Preis 3,50 Mk.

»Knabe oder Mädchen«, d. h. die praktische Vorausbestimmung des Geschlechts beim Menschen vor der Geburt, ist das Thema dieses umfangreichen Werkes, in dem der angesehene Rottacher Badearzt Dr. Otto Schöner in einer für Fachmediziner wie für die gesamte Welt der Gebildeten gleich interessanten Darstellung die reichhaltigen und wertvollen Ergebnisse jahrelanger Forschungen und Experimente der Öffentlichkeit vorlegt. Schon nach der ersten Kunde, die über Dr. Schöners verblüffende Entdeckung in die Welt gedrungen war, d. h. nach seinem ersten Vortrag in der Gynäkologischen Gesellschaft zu München, war man allgemein auf sein damals angekündigtes Werk äußerst gespannt. Nunmehr liegt das Buch fertig vor. Und wenn die bis jetzt schon veröffentlichten Fachurteile recht haben, so sind nach Dr. Schöners Methode die Menschen heute tatsächlich in den Stand gesetzt, nach jedem Kind das Geschlecht des folgenden zu bestimmen und also auf Wunsch Bab oder Mädcl zu erhalten. Ja, noch mehr: Die Eltern haben, wenn sie die in Dr. Schöners Buch geschilderten Bedingungen beachten, schon vor der Befruchtung die Möglichkeit, das gewünschte Geschlecht absolut sicher zu erhalten. Das Werk ist so geschrieben, daß jeder Gebildete die fesselnde Darstellung Dr. Schöners mit Leichtigkeit verstehen kann. Das Buch wird wohl allgemein größtes Aufsehen erregen.

Kosmos. Handwörter für Naturfreunde. Herausgegeben und verlegt vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Sitz Stuttgart. Jährlich 12 reich illustrierte Hefte mit den Beiblättlern: Wandern und Reisen; Aus Wald und Heide; Photographie und Naturwissenschaft; Haus, Garten und Feld; Die Natur in der Kunst. Heft 10, Oktober 1911. Preis des einzelnen Heftes 30 Pf., des ganzen Jahrgangs mit 5 Buchveröffentlichungen 4,80 Mk. und 20 Pf. Bestellgeld extra.

Alle Zuschriften

und Geldsendungen, die Insertion betreffend, sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

Stellenangebote

Gesucht per sofort tüchtiger [180

Positiv-Retuscheur

für Maschinen-Retuschen.
Brunotte & Keese, Düsseldorf.

Posit.-Retuscheur für d. Retusche v. Masch. u. kunstgew. Gegenst. zu mögl. sof. Antr. ges. Off. und Beifüg. v. Must., Zeugnisabschr. u. Ang. d. Gehalts erbitt.
Krey & Sommerlad, Niedersieditz-Dre d.

Tüchtiger

Strich-Aetzer,

der auch im Autoätzen bewandert, sofort gesucht. [210
Ludwig Kriegbaum, Nürnberg.

Auto-Aetzer

für Maschinen gesucht. Gehaltsanspr. nebst Zeugnissen erbeten an [180
Albert Wolf, Mannheim.

Tüchtiger Fräser,

welcher auch montieren kann, für gute Stellung gesucht. Einsetzung von Zeugnissen, Alter u. Ansprüche Bedingung.
Rhein. Klicheefabrik, Köln,
Weyerstraße 19. [210

Nach England wird tüchtiger Handpressen-Andrucker

für Farbendruck gesucht. Dauernde Stell. für erste Kraft. Offert. mit Gehaltsanspr., Mustern und bisheriger Tätigkeit an:
Arc. Engraving Co. Ltd.
Ashcombe Rd. Wimbledon, Engl.

Chiffre-Insertate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr.
Die Expedition.

Farbenätzer für Dreifarbendruck

gesucht. Nur wirklich tüchtige Herren wollen sich melden. [360
Adolf Klaus & Co., Leipzig, Kreuzstraße 5.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photochemische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekte frei. Kunstgewerbechule
Barmen

Verschiedenes

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Weiland. Preis inkl. Porto 85 Pf. Zu beziehen durch
Conr. Müller, Schkeuditz

Alois Senefelder und die Erfind. d. Lithographie
Festschrift v. Fr. Hansen.
Verlag von
Conrad Müller, Schkeuditz.
Preis 55 Pf. portofrei.
Bei 10 Stück ein Frei-Exemplar.

Arbeits-Räume für Chemigraph.-Atelier, Wasserleitung, elektr. Licht etc. nahe Leipzigs zu verm. Offerten unt. »Atelier« an die Exped. d. »Gr. Pr.«
1 Massanzug 16 M. Md.Dess. Must. fr. Eg.Gruener, Ratibor 49